

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.
Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, durch die Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 24.

Breslau, Dienstag, den 29. Januar 1895.

6. Jahrgang

Die Agrariernoth im Lichte der Wahrheit.

B. G. Die heut zu Tage so viel von sich reden machende Nothlage der deutschen Landwirtschaft wird nicht selten unterschätzt und auch socialdemokratischerseits zu wenig beachtet. Dieselbe ist vornehmlich hervorgerufen worden einerseits durch die Steigerung der Bodenpreise und andererseits durch das Sinken der Preise der landwirtschaftlichen Productionen, wozu ferner ein sehr bedeutendes Wachsen der landwirtschaftlichen Productionskosten kam und eine Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes, die herbeigeführt worden ist, erstens durch alle die vorgenannten Ursachen zugleich und zweitens durch das überflüchtige oder verschwenderische Leben sehr vieler Grundbesitzer.

Aber es scheint, daß ebenso, wie die Noth der Landwirtschaft seitens unserer Agrarier bis in's Ungeheuerliche übertrieben worden ist und immer noch übertrieben wird, auch die Erwartungen bezüglich einer in nächster oder auch nur in absehbarer Zeit zu erwartenden gewaltigen Umwälzung der ganzen deutschen Landwirtschaft, wie man sie in den Kreisen unserer Parteigenossen zu hegen beginnt, weit über das Ziel des thatsächlich Begründeten hinauschießen.

Es ist allerdings kein Zweifel, daß sich schon seit längerer Zeit, und während der letzten Jahre noch mehr als vorher, viele unserer deutschen Landwirthe recht unbehaglich gebärden und fühlen, und daß ihr Mißbehagen vielfach von ihrer über das Maß des leicht zu Ertragenden hinausgewachsenen Verschuldung fortgesetzt gesteigert wird.

Die auf dem ländlichen Grundbesitz lastenden Schulden erheischen natürlich ebenso wie alle anderen

Schulden eine Verzinsung, die überall da zu einer bitter empfundenen Last wird, wo sie einen erheblichen Theil von der Bodenernte in Anspruch nimmt, das heißt von dem nach Abzug der Productionskosten und Betriebscapitalzinsen verbleibenden Reinertrage. Beanspruchen solche Schuldzinsen soviel von der Bodenernte, daß von dem übrigbleibenden Reinertrage der Grundbesitzer nicht mehr zu leben vermag, so kann in solchem Falle mit Recht von einer Nothlage des Grundbesitzers die Rede sein. —

Wenn man nun die Behauptungen unserer Agrarier ungeprüft für bare Münze nehmen wollte, so müßte man freilich annehmen, daß die gesammte deutsche Landwirtschaft überhaupt sich in einer solchen durch Ueberschuldung hervorgerufenen Nothlage befinde.

Ueber diese Frage hat indeß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister zusammenberufene Agrarconferenz, auf deren Ergebnisse wir auch in einem früheren Zeitartikel hingewiesen haben, volles Licht verbreitet.

Zwei bei dieser Konferenz betheiligte Landschaftsdirectoren, sowie der Landesdirector der Provinz Pommern, drei also im höchsten Grade sachkundige Männer, haben sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Provinzen eingehend und im Wesentlichen übereinstimmend geäußert.

Nach dem ungünstigsten der Berichte, die dieser Agrarcommission vorlagen, der von dem Landesdirector Höppner von Stettin herrührt, ist der mittlere Grundbesitz in Pommern, der, welcher 500 bis 1500 Morgen*) umfaßt, in äußerster Bedrängniß und die betheiligten Grundbesitzer gehen ihrem Untergang entgegen.

*) Der Morgen gleich 25,23 Ar, also wenig über ein Viertel Hektar.

Den gesellschaftlichen und socialen Aufgaben, die an diesen Mittelbesitz herantraten, Erziehung der Kinder u. s. w. ist er aus seinem Ertrage nicht gewachsen und muß darum, da er sich ihnen nicht entziehen kann, bei den immer mehr zurückgehenden Einnahmen wirtschaftlich verfallen. —

Bezüglich der pommerschen Bauern aber erklärt Landesdirector Höppner, daß bei ihnen die Verhältnisse noch nicht so traurig lägen, wie beim Mittelbesitz. „Die Bauern, die nach alter Väter Sitte weiter gewirtschaftet haben und in einfachen Verhältnissen geblieben sind, haben zwar auch Schulden, die aber zu keinem Bedeuten Veranlassung geben, während der Theil der Bauern, der leicht und über seine Verhältnisse hinaus gelebt hat, auch schon zu bedenklicher Verschuldung gekommen ist.“

Im Allgemeinen lebe der pommersche Bauer solide und einfach. Er setze seine Producte in der Stadt ab, ohne den ganzen Tag in der Kneipe zu sitzen, lege selbst Hand an den Pflug und bearbeite seinen Acker gut, oft sogar besser, als der Großgrundbesitzer. Allerdings habe sich auch diesen Bauern, die im Grunde noch eine sichere Existenz haben, Besorgniß gegenüber zukünftigen Schwierigkeiten bemächtigt und zwar deswegen, weil sie in neuerer Zeit viel mehr als früher der Noth bedürfen, um die hohen Löhne zu bestreiten, die dem Bauernstand auferlegten Lasten tragen und für Lebensmittel so viel als jetzt nöthig ist, aufwenden zu können.

Großgrundbesitz bedeutendster Art (Magnatenbesitz) kommt in Pommern nur wenig vor. Da, wo er vorhanden ist, befindet er sich trotz erhöhter Verschuldung auch hier noch in gesicherter Stellung.

Ähnlich äußerte sich der Landschaftsdirector der Provinz Sachsen, Herr v. Gustedt:

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Ruert.

4) [Stachend verboten.]

Obgleich Andre's Vater seit mehreren Jahren todt war, hätte man glauben können, er sei nur verreckt und könne womöglich jeden Tag zurückkehren und seine Gemächer noch ebenso finden, wie er sie verlassen. Jedes Stück schien pietätvoll genau an derselben Stelle belassen zu sein, an der es sich bei seiner Abreise befand.

Andre hatte nur zwei Zimmern, die er ganz nach seinem Geschmack eingerichtet hatte, sein persönliches Gepräge aufgedrückt. Das eine war sein im ersten Stock belegener kleiner Salon. Schon beim Eintritt hatte man den Eindruck des Lichts und Freundlichen. Eine ungeheure Spiegelglascheibe, die bis an den Fußboden reichte, erweckte den Eindruck, als könnte man aus dem Zimmer direct in den Park mit seinem sammetgrünen Rasen hinaustrreten. Ein an der entgegengelegten Wand des Zimmers angebrachter mächtiger Spiegel warf das Bild der vom Winde bewegten Büume, der auf dem Rasen tanzenden Sonnenstrahlen, der Vögel, die sich in den Zweigen wiegten, zurück. Man war wie in Licht und Sonnenschein getaucht, wie eingehüllt in Grün, und glaubte sich mitten in dem schönsten Garten zu befinden. Und alles übrige im Zimmer war darauf berechnet, diesen ersten Eindruck festzuhalten und zu verstärken. Andre sagte häufig,

daß man in dieser Welt schon so viel traurige und häßliche Dinge zu sehen bekäme, um wenigstens ein Recht darauf zu haben, in seinem Heim sich von dem Lärm der Straße ausruhen und erholen zu können. Wände, Stühle, Sessel, Couches (Mauderitz) waren mit blaßgrüner Seide ausgeschlagen, auf der sich zierliche Blumenzweige, Epheuranken Clematis- und Feldblumensträußchen zu einem anmuthigen Muster verflochten. Ein Künstler hat es entworfen. Uppig grüne Blattpflanzen, die hier und da geschickt aufgestellt waren, Blumensträuße in großen Sevres-Vasen vereinigten die Natur so schön mit der Kunst, daß man zuweilen die auf die kostbaren Stoffe gezauberten Blumen kaum von den natürlichen, der Erde entsprossenen, unterscheiden konnte. Der Plafond war als ein von leichten Wölkchen bedeckter Himmel gemalt, ein Himmel so zart und düstlich, wie er Paris im Frühling seinen Zauber verleiht. Nichts störte in diesem Frühlingsgemach die Harmonie. Einige Werke zeitgenössischer Pariser Künstler schmückten den Raum, nichts von Rippes, nichts von jenen egotischen Merkwürdigkeiten war da zu sehen, die einen modernen Salon in den meisten Fällen einem kosmopolitischen Bazar, einer Weltausstellung in Miniaturformat ähnlich machen. Nur zwei Gemälde schmückten die Wand, ein Corot, im ersten Frühlingsschöngrün prangende Birken darstellend, die unter der Morgentäule gleichsam zusammenzuschauern schienen, — dann eine Landschaft von La Haye, die eine Wiese noch feucht vom Thau und leuchtend unter dem durchsichtigen Nebelschleier, der

über ihr ruhte, darstellte. Wenige Möbel eine Chiffonniere, ein Tisch, ein Wandtischchen aus hellem, weißgeadertem Eichenholz von eigenartiger Form. Andre hatte sie für sich nach seiner eigenen Weisungen anfertigen lassen. Denn es war ihm, daß man aus der Einrichtung eines Zimmers auf den Charakter und die Gesinnungsrichtung seines Bewohners schließen kann, so konnte man bei dem Herrn dieses Quartiers eine gewisse Aneignung gegen die landläufigen Ansichten voraussetzen. — „Dem Salon wird aber eher ein Boudoir werden, als irgend etwas anderes“, hätte man ihm seinerzeit gesagt, als er die ersten Anordnungen traf. — „Ein Boudoir soll es auch sein!“ hatte er geantwortet, und seinen Willen durchgesetzt. Wenig lag ihm daran, was andere dazu sagen würden, wenn er nur ein sicheres Asyl gegen die lächerliche Laune hatte, ein Fleckchen, das ihm einen beständigen Anreiz zu holden Träumereien gab.

Wenn sein Wesen also einerseits etwas Partes, jaht Weibliches hatte, so zeigte der erste Blick auf sein Arbeitszimmer unsern Helden als einen ganz anderen Menschen. Da sah man Tapeten in fatten Farben, Möbel aus dunklem Holz, alles in strenger Einfachheit gehalten, ein einziges Gemälde an der Wand, das Porträt seines Vaters, ein einziger Stuhl, ein Wasserschiff nach Corot, der, obgleich er Andre's eigenes Werk war, doch nicht dilettantenhaft an sich hatte; sonst nichts, was den Blick ablenken oder den Geist zerstreuen konnte, ein echtes „Denkerstübchen“, wie Andre es nannte. Auf dem Tisch, diese schreibbare Uebersetzung

„Zum Großgrundbesitz rechne ich in der Provinz Sachsen Güter von mehr als 2000 Morgen. Diese Güter sind meist in capitalkräftigen Händen, meist besetzt, und wenn sich die Inhaber eine weise Beschränkung auferlegt haben, so sind sie die freiesten Besitzer und haben unter keiner Schuldenlast zu seufzen. Sie sind auch in der Lage, größere Renten zu erzielen, billiger zu wirtschaften, weil sich ihre Generalunkosten mehr vertheilen, weil sie sich ganz ihrem Betriebe hingeben können, weil sie mit gut geschulten Beamten wirtschaften, und weil sie nicht, wie häufig andere Besitzer, durch eine Menge anderer Sachen, die im öffentlichen Interesse sind und bleiben müssen, von dem Betriebe abgezogen werden. Der übrige Besitz ist theils bäuerlich, theils in den Händen des kleinen Adels oder derer, an die dessen Besitzthum zu verhältnismäßig hohen Preisen übergegangen ist. Der bäuerliche Besitz ist zum kleinen Theil wenig verschuldet. Nur soweit der Bauer seine einfache Lebensführung beibehalten hat, soweit er z. B. seine Söhne nicht hat einjährig dienen lassen, sich an die althergebrachte Erbform gehalten hat, soweit er es für eine Schande erachtet, auf dem Hofe Schulden stehen zu haben, namentlich auch bei intensiver Bewirthschaftung eine vernünftige Grenze eingehalten hat, sind die Verhältnisse im Ganzen gut. Viele haben aber die Grenze überschritten, und das ist der Hauptgrund der eingetretenen Verschuldung. Vor Allem haben die Eigentümer, die um 1000 Morgen herum besitzen, die Schuldgrenze häufig überschritten. Außerhalb der mittleren verschuldeten Grundbesitzer giebt es aber bei uns noch eine so große Zahl unverschuldeter Grundbesitzer, daß wir im Stande sind, die Verschuldeten mit verhältnismäßig kleinen Mitteln über Wasser zu halten.“

Ein großer Theil der Bauern in der Provinz Sachsen ist also in der That verschuldet; in sehr schwierigen, aber auch noch nicht unheilbaren Verhältnissen befinden sich nur die meisten mittleren Grundbesitzer.

Wenig anders sprach sich der Landchaftsdirector von Königsberg aus, indem er sagte:

„Man kann drei Besitzklassen unterscheiden: die erste ist der wirkliche Großgrundbesitz, der bei uns mit 1500 oder 2000 Morgen anfängt. Dieser ist nicht ungünstig situiert: er ist sehr gering verschuldet. Allerdings haben eine Anzahl Besitzer mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die aber nicht sehr groß sind. Sie haben sich seit zwanzig Jahren in ihrer Lebenshaltung einschränken müssen. Einen Nothstand aber bei ihnen anzunehmen, ist unmöglich. Die Lage der Kleinbetriebe ist verschieden. Fast durchweg gut ist die Lage der Bauern in den litauischen und gemischten Kreisen; weniger gut in den Kreisen mit rein deutscher Bevölkerung, obwohl auch hier Gegenden sind, wo man von einem Nothstande nicht sprechen kann. Nur in solchen, echt oder rein polnischen, darunter solchen mit polnischer Bevölkerung, ist die Lage der Bauern ungünstig. So bleibt noch der mittlere Theil unseres Besitzthums, der sich in seiner Lebenshaltung zwar einschränkt, aber aus den sogenannten guten Ständen besteht, sich unabhängig halten, seine Kinder auf die Schule, in Pension schicken muß, der also Ausgaben zu tragen hat, die er schlechter-

dings nicht ablehnen kann. In diesem Theile des Besitzes besteht allerdings viel Schwierigkeit!“

Nach dieser Erklärung ist nur in einem kleineren Theile der Bauernschaft der Provinz eine wirkliche Nothlage vorhanden. Auch hier erstreckt sich dieselbe in höherem Grade auf der mittleren Grundbesitz, während von dem Großgrundbesitz ausdrücklich hervorgehoben wird, daß bei ihm von Nothstand nicht zu finden ist.

Für die Provinz Pommern hat Landchaftsdirector von ganz im Allgemeinen noch zum Schluß seiner Ausführungen hinzugefügt, daß ein landwirtschaftlicher Nothstand, welcher auch nur einigermaßen tiefer gehende Umwälzungen herbeizuführen geeignet sei, wie z. B. die Festsetzung einer Schuldenbegrenze und einer Aenderung des Erbrechts, nicht vorliege.

Auch einer der eifrigsten wissenschaftlichen Vertreter der Landwirtschaft, Professor Sering, hat es bekräftigt, daß nur in den Kreisen des kleineren ritterschaftlichen Besitzes eine Ueberschuldung besteht, während bei einem großen Theile unseres eigentlichen Großgrundbesitzes und in dem weitaus größten Theile der Bauernschaft von Ueberschuldung nicht gesprochen werden könne.

Ebenso wie in Pommern Preußisch-Sachsen, Ostpreußen liegen die Verhältnisse in den übrigen preussischen Gebieten östlich der Elbe, das heißt also in jenem Haupttheile der preussischen Monarchie, um den es sich vorzugsweise handelt, wenn über einen landwirtschaftlichen Nothstand geklagt wird.

Auch den Bauern in Posen und Schlesien geht es im Allgemeinen noch so leidlich. In schwieriger und theilweise unhaltbarer Lage ist auch hier nur ein erheblicher Theil der kleineren Rittergutsbesitzer, deren Einnahmen sich dergestalt vermindert haben, daß viele von ihnen ihre Ausbeutereristenz nicht mehr lange werden aufrecht erhalten können. Das aber ist gewiß kein Unglück.

Da die Gutsbetriebe eines gleichviel wie erheblichen Bestandtheiles dieses landwirtschaftlichen Mittelstandes in bäuerliche Hände übergehen, wo sie bei der selbstständigen Bearbeitung meistens ihrer Besitzer immer noch auf nicht näher zu bestimmende Zeit zu ausreichender soliden Existenzgrundlagen werden könnten, oder ob sie zu landlichen Großbetrieben zusammenzuschmelzen werden, bleibt sich gleich, jedenfalls wird ein derartiger Besitzwechsel keine für die Allgemeinheit ins Gewicht fallende landwirtschaftliche Umwälzung bewirken.

Während nun aber in all diesen Provinzen die kleineren Rittergutsbesitzer sich größtentheils in schlechter Lage befinden, so ist das in Schlesien und Posen bei dem wirklichen Großgrundbesitz, der wirtschaftlich und politisch so ungemein Einfluß hat, noch weniger als irgendwo anders der Fall. Bei ihm kann nur in größerem Umfange der Einfluß der Nothlage berührt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Der neue Schuldenzinseszinseszins ist nunmehr dem Reichstage vorgelegt. Nach den Bestim-

mungen desselben soll die bisherige Inlandssteuer von 45 Mark für 100 Kilogramm fermentirten Rohtabak wegfallen, dafür aber der Zoll für vom Auslande eingeführten Tabak um den gleichen Betrag, also von 85 auf 40 Mark vermindert werden. Den gleichen Zoll soll ausländische Tabakfabrikate tragen, um damit die Rohstofffabrikation zu hindern, ihre Fabrikation in das Ausland zu verlegen. Von ausländischen Tabakfabrikaten sollen Cigarren und Cigaretten einen Eingangszoll von 900 Mark für 100 Kilogramm, andere Tabakfabrikate einen solchen von 450 Mark für 100 Kilogramm tragen. Die eigentliche Fabrikationssteuer für im Inlande verfertigte Tabakfabrikate soll nach dem Entwurf für Cigarren und Cigaretten 25 pCt., für Rauch-, Rauch- und Schnupftabak 40 pCt. des Werthes der Fabrikate betragen und zwar sollen als steuerpflichtiger Werth die Preise angenommen werden, zu denen der Fabrikant, der zur Ausstellung einer Factura verpflichtet ist, die Fabrikate verkauft. Die Steuercontrolle soll eine möglichst milde sein. Für die am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes (hoffentlich wird das der St. Nimmerleinstag sein!) in den Localen der Rohstoffhändler und Fabrikanten befindlichen Vorräthe soll die bisherige Inlandssteuer als „Zollminderung“ entrichtet werden, während eine Nachsteuer gefordert wird für die an anderen Orten aufbewahrten Vorräthe. Von der Nachsteuer befreit sollen nur Mengen von nicht mehr als 5 Kilogramm bleiben und auch nur dann, wenn sie für den eigenen Bedarf des Besitzers bestimmt sind. — Soweit die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs, dessen Inhalt wir noch in besonderen Ausführungen einer eingehenden Kritik unterziehen werden.

— Es wird immer netter! Ueber ein sonderbares Vorgehen berichtet man der „Freisinnigen Ztg.“ aus dem Kreise Greifswald. Dort fordert der Landrath Graf Behr durch die Localbehörden die Herausgeber von Zeitungen auf, eine Zählkarte auszufüllen, in welcher nicht bloß Alter und Erscheinungsweise des Blattes, Herausgeber und Redacteur, sondern auch die Tendenz, Auflage, etwaige Beschlagnahmen und Bestrafungen eingetragen werden sollen. — Natürlich besteht für den Verleger nicht die mindeste Verpflichtung, eine solche Zählkarte auszufüllen. Es wäre aber von Interesse festzustellen, ob dieses Vorgehen des Landraths nur auf einem Willensdrang des Herrn Grafen Behr beruht oder einer höheren Verordnung entspricht. — Ob nicht schließlich noch diese verd. Zeitungsschreiber und ähnliches gefährliches Gesindel angehalten werden können, jeden Morgen auf ihrem Polizeibureau anzutreten, gleich unter Polizeiaufsicht stehenden Zuchtthäusern? Das wäre es wohl!

— Ein Zeugniszwangsverfahren ist in Berlin gegen den Redacteur des „Vorwärts“, Genossen Dr. Braun, eingeleitet. Derselbe weigert sich, die Person zu nennen, welche dem „Vorwärts“ die geheimen Erlasse des Niederbarnimer Landraths mitgetheilt hat und wurde daher wegen Zeugnisverweigerung zu einer Geldstrafe und zur Zwangshaft verurtheilt, welche sich bekanntlich auf die Dauer von 6 Monaten erstrecken kann.

von Büchern und Papieren, die am eine tüchtige erste Beschäftigung mit Lectüre, und Scribirenderei bedeutet. In den Bücherständen nur einfach gelundene Werke, einige Bände mit abgegriffenen Büchern, einige gefaltete Blätter, und die am meisten benutzten unter ihnen waren selbstverständlich nicht Romane, sondern Geschichts- und philosophische Werke, hin und wieder auch ein Band Gedichte, tieferstehende humanistische Werke. Aus der Wahl dieser Bücher konnte man einen ernstlichen, forschenden Geist, der häufige Lust liebt und sich nicht mit bloßen Worten oder bloßem Dampf abspitzen ließ, erkennen.

Andre hatte in der That viel gelesen, viel gesehen und über vieles nachgedacht. Trotz seiner Jugend hatte er sein Studium mit einem Eifer betrieben, als hätte seine Zukunft davon ab. Als er zwanzig Jahre alt war, starb sein Vater und überließ ihm in dem großen Vermögen die Mittel zum Müßiggang. Aus Ermangelung eines Besseren machte er eine Reise durch ganz Europa, auf der er sich ohne daß es ihm eigentlich zum Bewußtsein kam, eine Fülle von Ideen aneignete und viele interessante Bekanntschaften machte. Aber er achtete dieses Schatzes nicht. Brauchte er ihn denn?

„So ein Großhändler“, sagte er, „ist ein Heilmittel für die Eltern, die ihre Kinder reich machen möchten; sie ist aber auch ein Schlafmittel für die Kinder, die durch ihre Eltern reich werden.“

Wenn man zu Andre davon sprach, ob er nicht eine bestimmte Laufbahn einschlagen sollte, antwortete er:

„Was? Nichtswarheit? Ich habe Geld genug zum Leben. Die Kunst, mein Geld zu verwalten, ist mir schon klar. Aber dazu ist ein Genie haben! Und ich es was nachzudenken, daß man durch seine eigene Person noch die große Herde der Mittelständigen vermehrt? Die es denn mit dem mühseligen Beruf macht? Es wäre ja eine große Sache, wenn man die Fäden über so sehr, wie er es im Laufe schätzte und achtete. Die Politik? Nein, das! Ich in unerschöpfbare Wogen der Nation, wo es Großheiten oder gar Pläne regnet! Und dabei immer, die man verachtet, den Hof machen können. Seine thure Unabhängigkeit aufgeben! Das wäre ja seine Tollheit geworden!“

Seinem Onkel, einem sehr praktisch veranlagten Mann, antwortete er mit den Worten des Dichters:

„Man muß in dieser Welt gut und nicht mit dem Dinge lieben, um schließlich zu erfahren, was man am liebsten ist.“

Und so hatte er denn auch einander erst mit Reisen, denn mit Fischen, mit Pferden, mit dem Spiel, endlich mit einigen Weibern aus der ganzen und halben Welt seine Zeit zuzuschlagen. Bei alledem aber hatte er mehr gegeben als empfangen. Nirgends war er wirklich im Innern ernst und geistlich gewesen. Von seinen Schwestern hatte die eine ihm den Abschied von der künftigen Liebe, die andere die Furcht vor der Ehe zurückgelassen. Dann zog ihn das Spiel für eine Weile an. Als er aber eines Tages erlebte, daß ein Marquis, der Träger ein altes, aber interessantes, aus dem Reich ausgegangen war, weil er falsch gespielt hatte,

da schauderte er vor dem Abgrund zurück, der so leicht die Ehre eines Mannes verschlingen konnte. Dann wurde er ein regelmäßiger Zuschauer bei den Wettrennen, bis er sich schließlich die Frage vorlegte, was eigentlich dümmere sei: die Pferde, welche rennen, oder die Menschen, welche ihr Leben damit zubringen, sie rennen zu sehen. Durch sein Herumstreifen bald in diesem bald in jenem Lande hatte er den Reiz der Heimlichkeit in sein geliebtes Paris schäßen gelernt. So verbrachte er sein Leben in einer Art beschäftigten Müßigganges, er betheiligte sich an einem eleganten Leben in Paris, nahm zuweilen mit mitleidigem Lächeln theil an dem wilden Kampfe der Leidenschaften und Interessen. Oft sagte er achselzuckend: „Was wird doch alles für eine Bedeutung haben, wenn die Sonne einmal erloscht sein wird?“

War er glücklich? Nein. Dazu fehlte es ihm an etwas, das er wünschen oder erstreben konnte. Er hatte einen zu gefunden Sinn, und sein Seelenleben war viel zu harmonisch entwickelt, als daß er sich dem schwächlichen und wimmerlichen Possimismus hätte ergeben können, der die literarische Krankheit der letzten Jahre war. Er litt eher an zu großer Energie und Thätigkeit, die er nicht genügend bethätigen konnte. Die sich ihm näherten, fanden bald heraus, daß in seinem Wesen etwas ihnen Fremdes, Unbekanntes lag, daß in den Tiefen seines Wesens energisches Bollwerk und Leidenschaft schlummerten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Ausgaben für die deutsche Colonialpolitik wachsen auf's Höchste, die Erträge der Colonien gehen zurück. Die „Richtigungs“-Expedition des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, v. Schele, gegen den Stamm der Wabehe, ist elend gescheitert; 250,000 Mark sind dafür verpulvert worden. Es ist gesengt und geplündert worden, und flugs mußte der Rückzug angetreten werden. Der Zug war unternommen worden, trotzdem die Heuschreckenplage und die in Folge der schlechten Ernte eingetretene Lebensmittelnoth die Ausichtslosigkeit des Abenteuers bedingten. Nun sind in Berlin die Gesuche Scheles um Ordensverleihungen für die Teilnehmer am Wabehezuge eingegangen, und die „nationale“ Presse entrüstet sich darüber, das auch gelbhäutige, braune und schwarze Menschen „decorirt“ werden sollen. Die „Decorationen“ lißen uns kalt, wenn die Colonialabenteuer nicht vom deutschen Volke bezahlt werden müßten!

Die Abgrenzung der Reichstagswahlkreise zu Nutz und Frommen der Reaction will Herr v. Köller. Er hat, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, für die Reichstages heraus ein allgemeines Gesetz vorgeschlagen werden, wonach bei allen Eingemeindungen die eingemeindeten Vororte stets ohne weiteres zu demjenigen Reichstagswahlkreise gehören, der die eingemeindete Stadt angehört. Ein solches Gesetz könnte freilich den Herren Junkern passen. Denn dadurch könnte der Zuwachs der großen Städte durch Eingemeindung von vornherein mit einer Abschwächung des Reichstagswahlrechts in diesen Städten verbunden sein. Der Zuwachs an Einwohnern in den Städten würde den Nachbarkreisen zu gute kommen, nicht aber den Stadtkreisen selbst.

Die Fuchsmühlener Angelegenheit tritt nunmehr in ein neues Stadium. Die Anklageschrift des Staatsanwalts gegen die Bauern, nicht etwa gegen die Beamten und Soldaten, ist eingetroffen. Nicht weniger wie 146 Personen wurden wegen angeblichem Landfriedensbruch an das Landgericht in Weiden verwiesen, während 13 Personen wegen Mißbrauch der elterlichen Gewalt resp. der Dienstgewalt angeklagt sind. Es fehlt der Tragödie wirklich noch, daß nun die armen Bauern in das Zuchthaus kommen.

Reichstagswahlen. Im Wahlkreise Eisenach hat der Bund der Landwirthe Dr. Köstler aufgestellt. Derselbe wird von den Conservativen und Antisemiten wahrscheinlich unterstützt. Die Nationalliberalen gehen selbständig vor. Der socialistische Candidat ist noch nicht ernannt. — Im Wahlkreise Moers-Rees haben die Regierungsparteien dem Centrum gegenüber den Landrath a. D. Dr. Daniel aufgestellt. Er hat sich als eifriger Wahlmacher bei der 1893er Wahl, wo Landrath Gescher siegte, ausgezeichnet, wie die Acten der Wahlprüfungscommission ausweisen. In Dlegk-Lyck ist von den Deutschfreisinnigen Vorbesitzer Dau als Candidat aufgestellt.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Commission beschäftigt sich Sonnabend mit der Prüfung der Wahlen der Abgeordneten v. Benda (6. Magdeburg), Lüttich (Schwarzburg-Rudolstadt) und Puttkamer-Plauth (1. Danzig). Sämmtliche Wahlen wurden für gültig erklärt. Gegen die Wahl von Lüttich, gegen den unser Genosse Hofmann-Saalfeld in der Stichwahl unterlegen war, waren f. Z. eine große Reihe von Einwänden in Wahlprotokollen erhoben worden, die nach den jetzt angefallenen Erhebungen zum Theil als unbegründet sich erweisen haben, zum Theil als nicht so erheblich betrachtet wurden, um eine Cassation herbeizuführen. Doch gaben die eingeholten Erhebungen in zwei Punkten Anlaß, daß die Wahlprüfungs-Commission beschloß, bei der Berichterstattung im Plenum ausdrücklich deren Ungehörigkeit zu betonen. In dem einen Fall handelt es sich um eine unternichtigte Versammlungsauslösung in Blankenburg, im andern um die Wahlbeeinflussung eines Domänenpächters Widmann in Jshedt.

Antrag auf Diäten. Die freisinnige Volkspartei und die süddeutsche Volkspartei haben im Reichstag den folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Bundesrath zu ersuchen, eine Abänderung der Reichsverfassung, Artikel 32, in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstages aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten.

Italien.

Ueber den Wahltermin ist noch nichts bekannt. Das Auflösungsdecret wird noch immer erwartet. Im ganzen Lande hat die Wahlagitacion begonnen. Crispi forderte von den Präfecten einen eingehenden Bericht

über die Anfertigung der Wahllisten ein: Man glaubt, daß nach dem Eingang dieser Berichte das Datum der Wahlen festgesetzt werde. Die Regierung setzt alle Hebel der Beeinflussungsmaschinerie in Bewegung. Aber es geht vorwärts. — Mit Speck fängt man Mäuse. Sicilianische Blätter berichten, daß am 14. März, am Geburtstag des Königs, eine partielle (theilweise) Amnestie für die an den sicilianischen Unruhen Beteiligten erlassen werden soll. Geschiehe das, die Absicht der Maßregel läge klar zu Tage. Und was bedeutet diese partielle Amnestie? Macht sie das Unrecht des Henkers von Sicilien, Crispi, wieder gut, der durch seine Schergen und feilen Kriegsgerichte der schönen Insel so unsägliches Unheil gebracht hat?

Frankreich.

Die Arbeiter wollen eine Amnestie des noch heute im Gefängniß sitzenden Pariser socialistischen Abgeordneten Gerault-Richard, des Perier-Befeidigers. Von sich aus, um gegen die Haft zu protestiren, haben sie bei den Wahlen zum Generalrath im Canton Guise (Aisne) Gerault-Richard aufgestellt. Er erhielt 535 Stimmen. Ein schönes Zeichen der Solidarität!

Der Landesverräter Hauptmann Dreyfus soll, wie die „Petite Republique“ bestimmt behauptet, die von ihm gestohlenen, für die Sicherheit des Landes wichtigen Urkunden an Deutschland verkauft haben. Er habe die Papiere (Mobilmachungs- und Concentrationspläne, Zeichnungen u. s. w.) sorgsam copirt und an einen Botchaftsattaché mit einem Verzeichniß geliefert. Der Name des Botchaftsattachés, mit dem Dreyfus verhandelt hätte, sei unbekannt geblieben. Entdeckt worden sei der Verrath durch die Neugierde eines Bedienten der deutschen Botschaft, der Gelegenheit gehabt hätte, die nach Deutschland geschickten Papiere vor der Expedition zu sehen. Er habe ein solches Verzeichniß eines Tages genommen und der Polizei gebracht. Die Handschrift des Verzeichnisses sei verfaßelt gewesen, drei Sachverständige aber hätten festgestellt, daß es von Dreyfus' Hand geschrieben sei, zwei andere hätten sich zweifelnd ausgedrückt. Neue Verzeichnisse seien herbeigeschafft worden, sie hätten dieselbe Handschrift gezeigt. Der Kriegeminister habe Dreyfus eine Falle gestellt. Der General Boisdeffre habe Dreyfus eine scheinbar für die Landesverteidigung wichtige Mittheilung dictirt, drei Tage später habe der Bediente der deutschen Botschaft eine gleichlautende Mittheilung gebracht; die Handschrift sei die der Verzeichnisse gewesen. Am Tage darauf wurde Dreyfus verhaftet, der Bediente flüchtete sich, die Papiere, die das französische Kriegsministerium habe photographiren lassen, seien wieder an Ort und Stelle gebracht worden.

Die Geschichte klingt romanhaft, aber die „Petite Republique“, ein ernsthaftes Blatt, erklärt, daß niemand ihre Darstellung widerlegen werde. Daß alle Militärstaaten Spionage treiben, steht fest.

Holland.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei hat durch eine Commission, bestehend aus den Genossen van der Goot, van Kol, Doelstea, Uelsdingen und Vliegen, den Entwurf eines Parteiprogramms ausarbeiten lassen, welches unter den Genossen zur Discussion gestellt wird. Der principielle Theil lautet in der Uebersetzung etwa folgendermaßen:

Die Entwicklung der Gesellschaft hat zur capitalistischen Produktionsweise geführt, wobei der Boden und andere Arbeitsmittel sich in Händen einzelner Personen befinden, gegenüber welchen sich die Klasse der Besitzlosen befindet, welche von der Klasse der Besitzer ganz und gar abhängig ist.

Die capitalistische Produktionsweise hat den Erfolg, daß die besitzende Klasse sich stets mehr bereichert auf Kosten der Nicht-Besitzenden, welche sich an Zahl ständig vermehren, wie auch ihre Armut ständig wächst. — ebenso wie die Mitglieder des untergehenden Mittelstandes bei der Unmöglichkeit, mit dem Grobcapital zu concurriren, ihren Kleinbesitz verlieren und mehr und mehr zu Proletariern werden.

Zunehmende Arbeitslosigkeit gegenüber übermäßigem Angebot an Arbeitskraft; Mangel an Kaufkraft bei der Masse; die schnelle Vermehrung der Krisen beweisen, daß unter dem gegenwärtigen System der Privatproduktionsweise, die Menschheit die Produktion nicht mehr beherrschen kann.

Nebst diesen Kennzeichen vom Untergang der bestehenden Produktionsweise führen die schnelle Concentration aller Arbeitsmittel in immer weniger Händen und die Nothwendigkeit, die Maschinerie im größten Maßstab anzuwenden, nothwendig zur gesellschaftlichen Organisation der Production, zur socialistischen Gesellschaft.

Unter dem Einfluß dieser ökonomischen Revolution hat sich das Proletariat vereinigt zu dem Zweck, das Zustandekommen der socialistischen Produktionsweise zu fördern.

Bei diesem Bestreben steht es aber auf dem Widerstand der besitzenden Klasse, welche die Staatsmacht benützt, um die bestehenden ökonomischen Verhältnisse zu erhalten, wobei sie sich auf den Theil des Proletariats stützt, der noch nicht zum Bewußtsein seiner Aufgabe als revolutionäre Klasse gekommen ist.

Hieraus hat sich der Klassenkampf entwickelt, welcher sich sowohl offenbart in dem Kampf der Arbeiterpartei um die politische Macht und die Erwerbung des Klassenbewußtseins bei den Arbeitern, wie auch in dem Kampf der Fachvereine gegen das Unternehmertum zur Erlangung besserer Lebensbedingungen.

Es ist die internationale Socialdemokratie, in der sich die Arbeiter der ganzen Welt, die zum Bewußtsein ihrer Aufgabe im Klassenkampf gekommen sind, organisiert haben.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei der Niederlande stellt sich die Aufgabe, auch das niederländische Proletariat für diesen internationalen Kampf der Arbeiterklasse zu organisiren.

Sie will dabei so viel wie möglich jede ökonomische oder politische Bewegung der Arbeiter zur Erlangung besserer Lebensbedingungen in der Art unterstützen, daß dadurch ihr Klassenbewußtsein aufgeweckt und ihre Macht der besitzenden Klasse gegenüber gestärkt wird.

So lange es den Arbeitern noch nicht möglich ist, die Staatsmacht in die Hand zu nehmen, werden sie versuchen, alle politischen Rechte zu erobern und zu benutzen, sowohl um das Proletariat zum Klassenkampf zu organisiren, als auch um Einfluß zu erlangen auf die Gesetzgebung zur Einführung unmittelbarer Verbesserungen im Zustand der besitzlosen Klasse, sowie endlich zur Beförderung der ökonomischen Revolution.

Von diesen Grundfäden ausgehend, stellt die socialdemokratische Arbeiterpartei der Niederlande die folgenden Forderungen:

(Folgen die verschiedenen Forderungen, wie allgemeines Wahlrecht, Arbeiterschutz etc.)

Der erste Congreß der „Socialdemokratischen Arbeiterpartei“ Hollands wird zu Ostern in Deventer abgehalten werden. Die Parteileitung hat ein Flugblatt in 60,000 Exemplaren vertheilen lassen.

Schweden.

Eine Protestversammlung gegen den Zoll-Atlas, die zugleich eine Wahlrechts-Rundgebung bedeutete, wurde von der socialdemokratischen Partei von Stockholm veranstaltet; es hatten sich mehr denn dreitausend Personen eingefunden. Der Referent, Redacteur Branting, hob hervor, daß die Verfassung Schwedens ausdrücklich vorschreibt, daß dem Reichstag allein das Recht zukommt, die Besteuerung des Volkes zu bestimmen. Ein anderer Paragraph sagt freilich, daß der Zoll auf Wehl von der Regierung auf administrativem Wege bestimmt werden kann. Dieser letztere Paragraph besaß eine Bedeutung aber nur so lange der Reichstag nur mit mehrjährigen Zwischenpausen tagte, hätte aber jetzt, wo der Reichstag jedes Jahr tagt, gar keinen Sinn mehr. Man ließe ihn nur wieder aufleben, um die ohnedies überbürdeten Schultern der Arbeiter noch mehr zu belasten und die Staatskasse und Mühlenbesitzer und Mehl-speculanten zu bereichern. Derartigen Uebergriffen müsse daher ein Ende gemacht werden, indem man mit aller Energie das allgemeine Stimmrecht erkämpfe und der derzeitigen Junkerherrschaft ein Ende mache. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da die Regierung, unter Berufung auf einen veralteten Paragraphen in der Verfassung, auf einmal den Zoll auf Wehl weit über die Zollätze des Jahres 1888 erhöht hat, da die Regierung hierdurch, im Widerspruch mit ihren Versprechungen, der armen Arbeiterklasse erhöhte Lebensmittel-Abgaben auferlegt, in der offen zugegebenen Absicht, den bürgerlichen Gesellschaftsklassen, vor allem der Großbauern- und Junkerklasse, erhöhte Vortheile zu verschaffen, wenn auch die Wirkung des Zollgesetzes für den Augenblick nur die gewesen ist, den Mühlenbesitzern und Mehlimporteurs ein Monopol zu verschaffen, da endlich eine derartige rückwärtslose Ausbeutung der Arbeiter nur in einem Lande so rückwärtslos gewagt werden kann, das vollständig politischer Rechte entbehrt, so spricht die Versammlung ihre entschiedene Mißbilligung des Zoll-Atlas der Regierung aus und ermahnt, da man von der jetzigen Oberklassen-Regierung nur Erhöhungen der Zölle, aber keine Stimmrechts-Reform zu erwarten hat, die Arbeiter der Hauptstadt und des übrigen Landes, all' ihre Kraft für die Eroberung des allgemeinen Stimmrechts einzusetzen, besonders als Aufgabe für den Volks-Reichstag im Jahre 1896.“

Parteiangelegenheiten.

Einen gediegenen „Reisfall“ mußte die Bremer Polizei vor einigen Tagen erfahren. Von zuverlässiger Seite“ mußte derselben die Mittheilung zugegangen sein, daß der bekannte Anarchist Wilhelm Werner, einstmals Drucker und Herausgeber des in Berlin nunmehr unterdrückten „Socialist“, welcher vor etwa Jahresfrist nach London verduftete, sich wieder nach Deutschland gewandt und daß dieser äußerst gefährliche Mensch seinen Wohnsitz in Bremen genommen und hier sogar in der Expedition der „Bremer Bürgerzeitung“ als Inseratenaquireur beschäftigt sei. Diese „vertrauliche“ Mittheilung war zweifellos richtig, denn in der That war ein Mann mit dem gefährlichen Namen Werner bei der „Bürgerzeitung“ thätig. Dieser Werner wurde nun, wie die „Bremer Bürgerzeitung“ mittheilt, mehrere Tage lang verhaftet. Die Polizei glaubte dann genügende Anhaltspunkte für einen schwarzen Verdacht zu haben. Werner wurde, als er am Dienstag Mittag gegen 2 Uhr bei Bohmanns Café

an der Wasser Chaussee dem Pferdebahnwagen entstieg, um sich in seine in der Nähe gelegene Wohnung zu Tisch zu begeben, von zwei Polizeibeamten verhaftet und zunächst zum Landherrnmarkt und von hier zum Stadthause zurückgeführt, woselbst ihm bis Abends 7 Uhr Gelegenheit geboten wurde, an seinem inzwischen bis aufs Höchste gestiegenen Hunger sich zu erlaben und über die Ursache dieser außerordentlichen Verhaftung nachzudenken. Inzwischen entwickelten sich in der Werner'schen Wohnung ein reges Treiben. Kisten und Kästen und alle sonstigen Behälter wurden von Polizeibeamten ausgepackt und auf das Feinlichste untersucht, jedes kleine Päckchen wurde mit einem Siegel bedeckt und beschlagnahmt. Die im Besitze Werners befindlichen Visitenkarten und Geschäfts-Empfehlungen mußten es sich gefallen lassen, sorgfältig abgeprüft, versiegelt und mitgenommen zu werden, selbst die Asche im Aschenbehälter wurde auf das Genaueste durchsucht, und immer noch nichts Verdächtiges gefunden. Da endlich — eine große Flasche mit verätherischem, grünlich schimmerndem Inhalt! Die Flasche durfte nicht lange im Hause bleiben; sofort packten sie zwei geübte Hände der heiligen Hermandad und beförderten sie zu dem in der Nähe wohnenden Apotheker, welcher schleunigst die Untersuchung des Inhaltes vorzunehmen hatte. Es stellte sich denn auch richtig heraus, daß die Flasche — aufgelösten Chloralkali enthielt, wie er seitens der meisten Wäscherinnen bei der Wäsche Verwendung findet. Nach Beendigung dieser hochnotpeinlichen Haussuchung wurden die beschlagnahmten Pakete mitgenommen zum Stadthause, von wo Werner nach seiner Entlassung aus der Haft das Vergnügen hatte, sie wieder mit nach Hause nehmen zu dürfen. Es endete der mit erstaunlicher Pünktlichkeit in's Werk geleitete Plan zur Verhaftung eines „großen Nebelhäuters“. Die Behörde hätte sich die ganze Mühe wirklich sparen können, wenn sie einen Blick in die Listen der vorzüglich functionirenden Meldebureaus gethan hätte, um dort zu erfahren, daß Werner bereits länger als 1¹/₂ Jahren als friedliebender Bürger in Bremen seinen Aufenthalt hat.

Von der Agitation: In Zwickau tagte am letzten Sonntag eine Volksversammlung des 18. Reichstags-Wahlkreises, in welcher der Landtags-Abgeordnete Goldstein über: „Socialdemokratie und Gesetzgebung“ referirte. Die Versammlung war, trotzdem die Partei im 18. Wahlkreis aufgeloht ist, so außerordentlich gut besucht, wie seit langem nicht. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige zahlreich von Parteigenossen aus dem 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreis beschriebene öffentliche Volksversammlung erklärt, trotz der behördlichen Aufweisung der Partei im 18. Reichstags-Wahlkreis noch wie vor mit aller Energie für die hohen Ziele der Socialdemokratie weiter wirken zu wollen und ihren Opereinsatz nach Kräften zu hehrätigen; die Volksversammlung hält den seit hergebrachten Vertrauensmann Herrn Schmidt-Zwickau auch fernherhin ihres vollen Vertrauens würdig und erwartet, daß dieser auch künftig als Vertrauensmann der Genossen im 18. Reichstags-Wahlkreis seine volle Schuldigkeit thun wird.“

Die Socialdemokratische Partei Braunschweigs hat zu den Stadtverordnetenwahlen ein Minimumprogramm aufgestellt. Sie bezieht in demselben jede indirecte Besteuerung, Aufhebung der Kirchensteuer. Die Candidaten der socialdemokratischen Partei E. ben die Einführung der einheitlichen, allgemeinen Volksschule an. Sie verlangen Reducirung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen und Beilegung des Schulgeldes. Kindern bedürftiger Eltern soll Frühstück, Mittagbrot aus städtischen Kitchens gewährt werden. Der Magistrat hat für Zeiten allgemeiner oder besonderer Arbeitslosigkeit möglichst zeitig Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Im Interesse des Gemeinwohls wie der Arbeiter liegt die Errichtung eines städtischen Arbeitsvermittlungsbüros. Die städtischen Arbeiter haben, was die Höhe des Lohnes, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Behandlung betrifft, allen übrigen Arbeitern voranzugehen. Die städtischen Arbeiten sind in Regie auszuführen. Beim Stadtverordnetenrat soll ein städtischer Arbeiter beauftragt. Die Vertheilung der ungenutzten Entlohnungsgelder hat unter strenger Controlle zu erfolgen. Im Bedarfsfalle weichen die städtischen Behörden von den bestehenden Vorschriften der Behörde zu erwirken. — Leider hatten unsere Braunschweiger Genossen bei den am Sonntag stattgehabten Wahlen einen Erfolg nicht zu verzeichnen. Sie unterliegen in allen vier Bezirken, wenn auch mit sehr großen Minoritäten.

Situationsbericht des socialdemokratischen Vereins für Hamburg und Umgegend. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verein 50 Mitglieder zählt. Mitgliederwerbungen sind im vergangenen Jahre 11 abgelehnt worden. Vorstandssitzungen 20. Die monatliche Abrechnung ergab eine Einnahme von 677 47 Mark, eine Ausgabe von 224 45 Mark. Demnach bleibt ein Reinertrag von 453 02 Mark. Eine Summe, welche vom Verein aufgenommen zu konnte, da einige Väter dem Vorstand noch nicht ausgehändigt sind, noch nicht verlichen werden.

Parteienanfragen. Einen ehrenlichen Bericht über den Stand der Parteien konnte der Vertrauensmann von Greiz in der öffentlichen Parteiconferenz geben, die vergangenen Sonntag dort stattfand. Der Ueberhang von der „Volk-Heilung“ betrug am 1. Januar 1895 1158 03 Mark. Von dieser Summe überwiegt man dem Parteivorstand zur „Behandlung der Unmuthsfrage“ 500 Mark, dem Vertrauensmann zur Agitation ebenfalls 500 Mark. Die Abrechnung über die Parteiconferenz ergab einen Reinertrag von 897 01 Mark. Auf Grund dessen wurde ebenfalls ein Antrag, dem Vertrauensmann von Greiz ein Gehalt von 200 Mark zur Agitation zu überweisen, einstimmig angenommen.

Die Jahresabrechnung des socialdemokratischen Vereins in Kiel schließt ab mit einer Einnahme von 1564 35 Mark und einer Ausgabe von 1426 57 Mark, so daß ein Reinertrag verbleibt von 137 78 Mark. In der Ausgabe sind mit enthalten 650 Mark, welche dem Vertrauensmann zur Agitation überweisen werden. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 1894 349, am Schluß desselben Jahres 476. Zur Zahl der hier abgegebenen Stimmen allerdings eine recht kleine Zahl. In Bezug auf die Wahl der Mitglieder der hiesigen inbunnen Arbeiter-Verein, was der hiesigen Arbeiterschaft sehr wichtig ist, und wie die Leiter der Arbeitervereine des Staates über Unzufriedenheit denken, ist ja mäßig bekannt. In 1894...

wird jedoch eine energische Agitation zu Gunsten unserer politischen Organisation entfaltet werden.

Arbeiterbewegung.

Achtung, Lederarbeiter! In der Lederfabrik von Hermann Weisphal in Langensfelde bei Altona wurden am 22. Januar ohne Angabe von Gründen sechs Arbeiter gemahregelt, vermutlich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation. Daraufhin stellten am 23. Januar weitere 40 Mann, alles gelernte Arbeiter, die Arbeit ein. Es wird um strenge Fernhaltung des Zuguges gebeten. Näherer Bericht folgt.

Der Arbeitsnachweis der Lederarbeiter befindet sich jetzt Drannenstraße Nr. 16 im Restaurant des Herrn Max Jod.

Eine Gewerkschaftsversammlung in Güntrow beschloß, bei dem Magistrat auf die Errichtung eines Gewerbeschiedsgerichtes hinzuwirken.

Steinmüchener. In der Steinmüchener Baumwollspinnerei in der Zieglaue haben am Sonnabend Nachmittag dreißig Arbeiter die Arbeit eingestellt. Ursache der Arbeits-Einstellung war eine plötzlich eingetretene Lohnreducirung.

Die Arbeiter der Steinmühl-Snobffabrik von Leopold u. Comp. in Schmöllin sind seit dem 21. d. M. wegen Lohnreducirungen ausständig.

Sämmtliche Weber der Rastener Tuchfabrik von Meyer haben am 24. d. Mts. wegen Lohnreducirungen die Arbeit eingestellt.

Streik in Oesterreich. Der Streik bei Körting in Wien ist beendigt — zu Ungunsten der Arbeiter. Die Zahl der Streikbrecher hatte sich seit Montag so stark vermehrt, daß ein längeres Verharren im Auslande zweck- und nutzlos gewesen wäre.

Bei der Firma Leopold Wacha in Wien ist einer Lohnreducirung wegen ein Streik der Gelbgießer ausgebrochen, an welchem 25 Mann theilhaftig sind. Zugang ist fernzubehalten.

Bregburg. Achtung, Metallarbeiter! Die Gewerkschaft der Eisen- und Metallarbeiter Bregburgs hat über die Firma Dohnal die Sperre verhängt. Zugang ist fernzubehalten; niemand möge den Verordnungen dieser Firma Beachtung schenken. Eisen- und Metallarbeiter aller Länder, zeigt, daß ihr einig seid. — Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck gebeten.

Prag-Gislon. Der Streik der Feilenhauer bei der Firma A. Borz endete mit dem Siege der Arbeiter.

Der Streik der Straßenbahnbeamten von Braukon dauert fort. Die Straßenbahnwagen fahren leer unter dem Schutze der Polizei.

Aufruf an die Genossinnen und Genossen.

Wie Euch Allen bekannt sein wird, fordert die socialdemokratische Reichstagsfraction, getreu dem Programm ihrer Partei, in zwei Initiativ-Anträgen bezüglich der Volksvertretungen der Bundesstaaten und des Vereins- und Versammlungsrechts gleiche politische Rechte für die Frau wie für den Mann. Her mit dem Vereins- und Versammlungsrecht für das weibliche Geschlecht, erklärt die Socialdemokratie, denn die proletarische Frau bedarf seiner, um sich behufs Vertheidigung ihrer wichtigsten Lebensinteressen aufklären und organisiren zu können, insbesondere aber und nicht zum wenigsten, um gewerkschaftlich mit den Arbeitern zusammenzutreten gegen die wirtschaftlichen Kampf gegen das Unterthum aufzunehmen! Her mit dem Wahlrecht für das weibliche Geschlecht, denn die proletarische Frau muß in den Stand gesetzt werden, zusammen mit dem Mann ihrer Klasse auf politischem Gebiete durch Verwirklichung der Gesetzgebung um ihr Brot kämpfen, durch Eroberung der politischen Macht leitend ihrer Klasse ihre volle sociale Berechtigung erlangen zu können! Nicht nur vom Standpunkte eines ideologischen Gerechtigkeitsprinzips aus tritt sie mit aller Energie für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ein, sondern im wohlverstandenen Klasseninteresse des Proletariats. Dürftig wird es mehr von ausschlaggebender Bedeutung, daß die proletarische Frau an der Seite des proletarischen Mannes die wirtschaftlichen und politischen Schicksale ihrer Klasse in treuer, brüderlicher Kampfesgenossenschaft mit Klagen hilft.

Genossinnen! Wie oft, wie so sehr oft habt Ihr es bitter empfunden, daß Euch in Folge der politischen Rechtslosigkeit Eures Geschlechts die wichtigsten Waffen mangeln — das freie Vereins- und Versammlungsrecht, das Wahlrecht — mit denen das Proletariat kämpfen muß und liegen wird. Fortwährend müßt Ihr damit rechnen, daß man Eure Organisation erschöpfelt, Eure Bruderverhältnisse aufhört, Eure Anwesenheit in Versammlungen verbietet. Eure politische Rechtslosigkeit als Frauen muß als Vorwand herhalten für Eure Entwertung, Eure Anwesenheit als Kampfbewegte, kämpfende Proletarierinnen.

Genossen! Wie oft habt Ihr nicht bedauert, daß die proletarischen Frauen sich als Einzelkämpferinnen nicht in dem Range betätigen können, als es das Interesse des Proletariats erfordert, weil sie wie Unmündige und bürgerlich Erholte politisch rechtlos sind. **Genossinnen, Genossen!** Es liegt im Interesse des Proletariats, den Ihr gemeinschaftlich kämpft, daß Ihr in

gewohnter Einmüthigkeit kraftvoll und entschieden die erwähnten Anträge Eurer Reichstagsfraction unterstützt. Zu diesem Zwecke ist eine energische Agitation im ganzen Reiche zu entfalten. Ueberall, wo es klassenbewußte Proletarier giebt, sind in nächster Zeit öffentliche Volksversammlungen zu veranstalten, welche sich mit der Bedeutung des Wahlrechts, des Vereins- und Versammlungsrechts für die Frauen des Proletariats befassen, um im Anschluß an die Anträge der socialdemokratischen Reichstagsfraction von den gesetzgebenden Gewalten die entsprechenden Reformen zu fordern.

In Berlin finden Ende Januar vier Versammlungen statt, in denen die Forderung erhoben wird: Her mit dem Wahlrecht für das weibliche Geschlecht! Andere Versammlungen werden folgen, in denen das Vereins- und Versammlungsrecht für die Frauen verlangt wird.

Genossinnen, Genossen! Organisiert allerorten ähnliche Versammlungen, sorgt angelegentlich dafür, daß dieselben sehr zahlreich von proletarischen Frauen besucht werden, daß diese laut, unzweideutig und kräftig allerorten die gleichen Forderungen erheben.

Gewiß, wir geben uns keinen Illusionen über das Zustandekommen der einschlägigen Reformen hin. Die politische Befreiung des weiblichen Geschlechts widerspricht den Interessen der Capitalistenklasse, weil sie den proletarischen Frauen Waffen ausliefert, dem Heere der proletarischen Klassenkämpfer neue Streiter zuführt. Das zopfigste Vorurtheil gegen das weibliche Geschlecht ist gerade in Deutschland besonders stark. Klasseninteresse und Vorurtheil verbündet fallen nicht auf den ersten stürmenden Anlauf. Aber wieder und wieder wird und muß die Socialdemokratie den Sturm wagen, bis ihr endlich der Sieg geworden ist.

Genossinnen, Genossen! Wir sind überzeugt, daß Ihr überall in gewohnter Pflichttreue, begeisterter Opferfreudigkeit und zäher Ausdauer auf dem Posten seid! Fröhlicher Muth! Vorwärts! Ans Werk!

Die Berliner Frauen-Agitations-Commission.
Die Redaction „Gleichheit“.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

24. Sitzung.

Sonnabend, den 26. Januar 1895.
Nachmittags 2 Uhr.

Im Tische des Bundesraths Dr. von Bötticher, Sehr. von Marshall, Niederdingt.

Eingegangen sind die Entwürfe betr. die Reichsfinanzreform und die Tabaksteuer.

Die erste Berathung über das Gesetz über die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnen-schiffahrt wird fortgesetzt.

Abg. Zimmermann (Nutt.) befragt, daß die Vorlage ihren Zweck nicht erreichen werde. Das Gegentheil von dem, was man beabsichtige, könne leicht eintreten. Das liege daran, daß man nur die taumännischen Kreise, nicht aber die wirklichen Berufsschiffer gehört hat. Daher die Klagen der kleinen Schiffer, die man als berechtigt anerkennen müsse. Der frühere preussische Justizminister von Schelling habe es sogar abgelehnt, dem Centralverein deutscher Binnenschiffer den Entwurf, wie ihn der Bundesrath festgestellt habe, zu unterbreiten. Habe er etwa befürchtet, daß unsere Gesetze zu practisch würden, wenn sie von Practikern beeinflusst würden? Auf dem Gebiete der Binnenschiffahrt herrschen heute große Mängel, die auch der neue Entwurf nicht aus der Welt jage. Der Spediteur habe den Schiffer vollständig in seiner Hand wegen der Art, wie die Schiffschiffe ausgestellt würden. Dagegen müsse den Schiffen ein Schutz gewährt werden. Im weiteren fränke der Entwurf an der zu engen Anlehnung an die Bestimmungen des Seerechts. Die Verhältnisse der Binnenschiffahrt seien doch ganz andere. Verlust von Schiff und Ladung kämen hier doch nur selten vor. Der Schiffer werde für jeden Verlust haftbar gemacht werden können. Schon heute sei ja die Rechtsprechung so, daß der Schiffer wegen des kleinsten Verfehlers für schuldig erklärt wird. Das neue Gesetz charakterisire sich geradezu als ein Ausnahmengesetz gegen die Schiffer. Er müsse mit dem ganzen Vermögen haften, während der große Abnehmer nur mit dem Schiffe haften. Im Interesse ferner sei eine Verminderung der Wassertransporthöhen zu empfehlen. Weitere Forderungen seien die Regelung der Arbeitszeit der Schiffsmannschaft und die Einführung der Sonntagsruhe. Die Agitation sei nicht socialdemokratischer Ursprungs, sie sei den Kreisen der practischen Schiffer direct entsprungen, da diese sehr wohl empfinden, daß sie in die Hände der Capitalisten geliefert würden. Der Entwurf sei so unannehmbar.

Abg. Wellstein (Centr.), auf der Tribüne seit unterbreitet, bemerkt dem Vortredner, Bestimmungen über die Arbeitszeit der Schiffer gehörten nicht in dieses Gesetz, es werde erst Aufgabe der Commission für Arbeiterstatistik sein, die Unterlagen für solche Vorschriften zu schaffen. Bezüglich der Befähigung der Rhein-schiffahrt könne er sich ganz den getragenen Ausführungen des Abgeordneten Bassermann anschließen. Er habe nur noch den Wunsch nach einer Centralstelle für die Schifferregister. Das Centrum werde den Entwurf sorgfältig prüfen.

Abg. Dr. Gahn (Widb.) bittet die Einzelheiten der Commissionsberathung vorzubehalten. Er möchte nur darum bitten, daß möglichst die Gewohnheiten der einzelnen Stromgebiete schonen würden. Was Herr Widert gethan im Interesse der Binnenschiffahrt angeführt habe, treffe z. B. für die Schiffer auf der Unterelbe gar nicht zu, dort wünsche man den Befähigungsnachweis. Dem Entwurf

hätte eine Reform der Seemannsordnung vorangehen sollen. Die deutschen Schiffer müßten gegen die Concurrenz der holländischen Küstenfahrer geschützt werden und die österreichischen Döbtschiffer dürften nicht durch Tarife gegenüber den Schiffern begünstigt werden. Schließlich befürwortet Nebner die Unterstützung der durch die letzte Hochfluth geschädigten Hochseefischer.

Damit schließt die Discussion, der Entwurf wird einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Flößerei.

Abg. Bläcke (natl.) erkennt an, daß erhebliche Einwendungen gegen den Entwurf bisher nicht vorgebracht seien. Nur ein socialdemokratisches Blatt habe solche erhoben, damit aber nur bewiesen, daß es von den Verhältnissen der Flößerei wenig verstehe. Er beantrage das Gesetz derselben Commission zu überweisen, die eben mit der Vorberathung des Schiffahrtsgesetzes beauftragt worden sei.

Abg. Weber (Bauernb.) wünscht eine Beschränkung des durch das Gesetz stipulirten Pfandrechts an dem Floß, das entschieden zu weit geht.

Abg. Rickert (freij. Vereinig.) schließt sich diesem Wunsche an.

Abg. Gerisch (Soc.) Auch wir schließen uns dem Antrage auf Commissionsberathung an. Doch ich will noch einige Wünsche und Beschwerden hier im Plenum vortragen. Es wäre hier Gelegenheit gewesen, die Grundsätze der kaiserlichen Botschaft aus dem Jahre 1890 praktisch zu verwerthen. Leider ist in dem Gesetzentwurf keinem berechtigten Wunsche aus Flößerkreisen Rechnung getragen. Nicht durch ungenügende Besatzung, sondern durch ungenügende Ausrüstung kommen die Flößer oft in eine sehr schlimme Lage. Herr Bläcke sagte, die Flößer werden sich für die ungenügenden Anwälte bedanken, die sie auf eine so niedrige Stufe herabdrücken wollen. Wir sind es, die gegen die Unterstellung des Flößers unter die Polizei Protest eingelegt haben. Man sollte auch die Frage erwägen, was mit dem Flößerarbeiter während der Nacht wird, wo er dann bleibt. Wenn einer der Geheimräthe gezwungen werden sollte, nur eine Nacht in einer so elenden Hütte zuzubringen, in der die Moschmannschaft campiren muß, man würde sofort eine Bestimmung ins Gesetz aufgenommen haben. So fehlt sie gänzlich. Die Dinge, die sich manchmal auf den Flößen abspielen würden, gewiß, wenn sie auf dem Lande passirten, manche Thierchutzvereine zum Einschreiten veranlaßt haben. Die Leute sind allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, es fehlen ihnen vielfach die Stiefel von den Füßen, sie haben kein Unterkommen und dabei soll der Flößler das Recht haben, seine Leute unter Umständen auf dem Floß festhalten zu können. Gegen solche Bestimmungen müssen wir uns wehren. Ebenso wichtig ist eine Bestimmung über die Dauer der Arbeitszeit. Das Flößergesetz ist noch mangelhafter als das Schiffahrtsgesetz. Es wird sich hier noch mehr darum handeln, erst noch wirkliche gesunde Grundgedanken in das Gesetz hinein zu bringen. (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Discussion. Der Entwurf wird an die mit der Vorberathung des Binnenschiffahrtsgesetzes beauftragte Commission verwiesen.

Es folgt die erste Berathung eines Gesetzes betreffend die Fortnahme einer Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1895.

Abg. Dr. Schönlanck (Soc.): Der neueste Kurs beschreiber zwar Komitenbahnen, aber in einem ist er dem alten Wege treu geblieben, daß er eine außerordentliche Scheu hat, vor einer gründlichen Erfassung der socialen Zustände auf dem Wege der statistischen Erhebungen. Es hat sehr viel Zeit gekostet, ehe sich die Reichsregierung dazu bequemt hat, nachdem sie am 5. Juni 1882 die erste Berufszählung veranlaßte, eine neue Berufs- und Gewerbezahlung ins Leben zu rufen. Dreizehn Jahre, die geradezu eine Periode der ökonomischen Revolution bedeuten, wie wir sie vorher noch nicht gehabt haben. Das wird ja auch von der Regierung zugegeben. Aber man hat für statistische Erhebungen, die sociale Zustände betreffen, wenig Geld und wenig Lust. Die Ausgaben für den Militarismus, die sich nach Hunderten von Millionen beziffern, sind so gewaltig, daß die lumpigen zwei Millionen, die die letzte Berufszählung gekostet hat, — und die diesjährige wird nicht viel mehr kosten — als ein großes Opfer erscheinen. Es ist aber nicht allein die Scheu vor den Kosten, es ist die Furcht vor der ökonomischen Entwicklung, die Furcht davor, amtlich und zahlenmäßig festzustellen, daß der Großbetrieb auf dem Lande wie in der Industrie immer mehr um sich greift, die Furcht davor, festzustellen, daß die Massenarmuth, das Elend, der Pauperismus sich steigert und verstärkt, die Furcht vor dem Eingeständnis, daß der Socialismus Recht hat und die capitalistische Gesellschaft im Unrecht ist. (Widerspruch rechts.) Sehr richtig links.) Auf die heutige förmliche Statistik trifft noch heute das zu, was Marx vor 30 Jahren von ihr gesagt hat, daß sie, was die socialen Annahmen betrifft, elend ist. Man hat zwar eine Tabaksmarkete, eine höchst überflüssige Silbermonete, eine Bismarckmonete gemacht, aber sobald es sich um Arbeiterzustände handelte, schreckten die leitenden Kreise zurück. Erst das energische Drängen der Presse, besonders der socialdemokratischen, nöthigt die Regierung, endlich Ernst zu machen mit einer neuen Berufs- und Gewerbezahlung. Die Statistik ist aber schon im Fundamente schlecht, weil ihr eine internationale Vergleichbarkeit fehlt. Der von Bismarck weggerammelte Dr. Engel hatte zwar einen vorzüglichen Entwurf einer Berufsgruppenliste veröffentlicht. Man hat es nicht gethan, man wollte gar keine Verzeichnisse. (Sehr richtig links.) Nur militärische Verzeichnisse hat man gemacht. Was nun das Gesetz selbst betrifft, so bin ich gleich mit der Ueberschrift nicht zufrieden. Das Wort „Gewerbe“ ist unglücklich gewählt, man versteht darunter nicht nur die industrielle, stoffveredelnde Thätigkeit, sondern auch den Verkehr, den Handel und die Landwirtschaft. Besser wäre die Ueberschrift Berufs- und Betriebszahlung gewesen. Man hat dann nicht nur den Termin zu weit hinaus geschoben, man hat auch zu verhüten gesucht, daß die unabhängige Kritik, die wissenschaftliche, die Presse und die Abgeordneten

im Stande gewesen sind, die Vorlage so zu prüfen, wie es sich gehörte. Mit einer Geheimniskammer sind die Formulare geheimgehalten worden. Nur dadurch, daß ein socialdemokratisches Blatt, die „Leipz. Volksztg.“, als wildes Amtsblatt die Formulare veröffentlicht hat, ist es möglich gewesen, daß der Herr College Haffe im socialpolitischen Centralblatt eine eingehende Kritik hat geben können. Was steckt für ein Geheimniß in den Formularen. Warum bewahrte sie der Bundesrath wie eine Jungfrau den ersten Liebesbrief. Ja, es waren Formulare, über die sich reden läßt, die eine gründliche Durchprüfung bedürfen. Eine Commissionsberathung ist unbedingt notwendig. Die Formulare sind ein Rahmen ohne Bild, in der Vorlage steht nichts drin und wir, der Reichstag, haben nur die Erlaubniß zu geben, daß ein Gesetz gemacht wird und die Geldmittel zu bewilligen. Das ist eine staatsrechtliche Anormität, daß ein Theil einfach bestimmt, daß ein Gesetz gemacht wird und der andere Theil über den Inhalt verfügt. Ueber den statistisch-methodischen Kern steht nichts im Gesetzentwurf. Wir müssen verlangen, daß das hinein kommt. Die Grundzüge der Erhebungen müssen festgelegt werden. Es muß mindestens festgelegt werden, daß die Gemeinden und Einzelstaaten berechtigt sind, Zusatzfragen zu stellen. Die jetzigen Formulare genügen den socialpolitischen Anforderungen nicht. Die durch Kinder ausgeübten Nebenberufe, wie Zeitungs- und Gehäusausstragen, Regelaufsetzen, Blumenverkaufen bleiben sonst ganz außer Betracht. Der Einfluß der Socialdemokratie zeigt sich auch hier wieder. Die Statistik wird nämlich gleichzeitig eine Arbeitslosenstatistik. Leider werde aber die Statistik wieder im Sommer aufgenommen werden, also in einer Zeit, in der verhältnismäßig viel Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Andere Formulare sind nöthig. Er wolle der Regierung keine Steine in den Weg werfen, die Vorlage müsse aber umgestaltet werden. Er beantrage die Verweisung an eine Commission.

Unterstaatssecretär von Kottenburg behält sich vor, auf die Monita des Vorredners in der Commission zu antworten. Die Formulare seien so lange geheim gehalten worden, bis sie der Bundesrath genehmigt hätte. Das sei eine Geheimgeliebtheit, von der abzugehen hier kein Anlaß vorgelegen habe. Protestiren aber müsse er gegen die Aeußerung, die Regierung habe ein Gefühl der Furcht vor der Statistik.

Abg. Dr. Haffe (natl.): Er bitte, die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Es fehle in dem Entwurf eine Aeußerung, ob denn auch eine Volkszählung am 1. December stattfinden werde. Das sei sehr wichtig für Einzelstaaten und Gemeinden. Den 14. Juni halte er für einen sehr ungeeigneten Termin für eine Arbeitslosenstatistik, vorausgesetzt, daß die Fragen bei der Volkszählung nicht wiederholt würden.

Unterstaatssecretär Kottenburg: Ueber die Volkszählung sei noch kein Beschluß gefaßt. Er könne sie aber mit ziemlicher Sicherheit prognosticiren, auch die Frage nach der Arbeitslosigkeit werde dann wiederholt werden.

Abg. Dr. Schönlanck (Soc.): Die Geheimhaltung der Formulare sei der Regierung nicht nur von socialdemokratischer Seite gemacht worden. Den Vorwurf der Furcht habe er nicht dem Bundesrath, sondern der bürgerlichen Gesellschaft gemacht.

Abg. Dr. Haffe (natl.) erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

Damit schließt die Discussion. Die Vorlage wird an eine Commission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Lesung der kaiserlichen Verordnung betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags für aus Spanien und den spanischen Colonien eingeführte Waaren vom 25. Mai 1894.

Abg. von Sabisch (cons.) bedauert, daß die Machtvollkommenheit des Bundesraths im Zollkriege noch nicht gestärkt sei. Er werde eine dahingehende Resolution dieselbe wie im Vorjahre, bei der zweiten Lesung, wieder einbringen.

Abg. Graf Panitz (cons.) sieht keinen Anlaß, Spanien Concessionen zu machen und tritt für die vom Vorredner angeregte Resolution ein.

Abg. Dr. Hamacher (natl.) stimmt der Resolution von Sabisch, die noch nicht im Wortlaut vorliegt, im Princip zu, da er es für nöthig halte, auch höhere als 50procentige Zollzuschläge zu erheben.

Damit schließt die Debatte. Die zweite Lesung wird heute von der Tagesordnung abgesetzt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Novelle zur Gewerbeordnung in Verbindung mit dem Centrumsantrag: Beschränkung des Hausirhandels.)

Schluß 5 Uhr 45 Min.

Locales.

Breslau, den 28. Januar 1895.

Eine öffentliche Frauen-Versammlung

findet Mittwoch, den 30. Januar, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Stabstammes „Deutscher Kronprinz“ statt, in welcher die Genosin Frau Emma Thier aus Belten referiren wird. Männer sind eingeladen. Die Parteigenossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch der Versammlung zu agitiren.

— [Das Unwesen der Submissionen.]

Wie wir in der Sonntagsnummer kurz berichteten, fand Freitag Abend im Birzenhause eine gerade nicht sehr zahlreiche Versammlung von Frunzmeistern, wie man sie bei Besprechung eines so wichtigen Gegenstandes nicht vermuthete, statt. Stadtbaurath Klein aus Gleiwitz hielt in derselben einen Vortrag über das „Submissionunwesen.“ Derselbe gab ein Bild von den Städen und Auswüchsen des Submissionswesens, wie aber schon in verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen von unseren Bauarbeitern dargelegt wurden. Der Standpunkt, auf den sich der

Nebner stützte, ist der, daß diese Schäden hervorgerufen wurden. einestheils durch die mangelhaft technischen vorgebildeten Beamten im Submissionsfach, andernteils durch die Gewerbeordnung und die Freizügigkeit, und schließlich durch die Gewerbetreibenden selber. Die Beamten verständen die Leistungen der Unternehmer nicht zu beurtheilen, sie erschwerten auch aus Unkenntniß die Submissionsbedingungen und könnten auch die Leistungen, wie sie gewünscht werden, nicht genau präcisiren und beschreiben. Die Gewerbefreiheit zeige dadurch Mißstände, als zum Wettbewerb Unternehmer zugelassen werden müssen, die nicht die genügende Qualifikation zur Ausführung der ausgeschriebenen Arbeiten hätten; sie könnten die Vorschläge nicht genau berechnen, wodurch sie andere Unternehmer schädigten. Durch die Freizügigkeit würden die heimischen Unternehmer geschädigt, indem Fremde, die vielleicht die Rohmaterialien sich etwas billiger beschaffen könnten, ein billigeres Angebot machten und den Zuschlag erhalten. Ein anderer Uebelstand sei auch der, daß der Mindestfordernde den Zuschlag erhalten müsse. Eine Aenderung nach dieser Richtung sei, wie der Referent des Näheren erörterte, nicht durchführbar, ebenso sei es nicht durchführbar, technisch nicht genügend vorgebildete Unternehmer von der Concurrenz auszuschließen, oder die Leistungen genauer festzustellen, eben wegen der nicht technisch vorgebildeten Beamten. Aus diesen Gründen verwirft er das Submissionswesen und schlägt an dessen Stelle folgendes vor: 1. Wo dem Bauherrn oder der ausführenden Behörde geeignete sachverständige Beamte zur Verfügung stehen, werden vor der Vergebung der verschiedenen Bauarbeiten zc. die in Betracht kommenden Handwerker zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen und in dieser unter Vorsitz der Beamten, alle einzelnen Arbeiten, die ausgeführt werden sollen, so genau wie möglich beschrieben und alle Einzelheiten festgesetzt, welche auf den Preis derselben von Einfluß sind. Darnach wird der Preis selbst gehörig erwogen und seine Höhe unter Bezugnahme auf ähnliche Erfahrungen zc. festgesetzt. Sind so alle Einzelpreise bestimmt, so werden diese dem Bauherrn oder der Behörde für die Zuschlagserteilung präsentirt werden. Ist die Annahme der Preise erfolgt, so gelten diese für die beabsichtigte Bauausführung, um welche sich als diejenigen sachverständigen Gewerbetreibenden bewerben können, welche bei der Preisfeststellung mitgewirkt und sich bei früheren Ausführungen als unzuverlässig und nicht gezeigt haben. Von diesen Bewerbern werden durch Ausloosung zwei oder drei bestimmt, welche der Behörde zur Zuschlagserteilung empfohlen werden. Bei größeren oder umfangreicheren Arbeiten werden dieselben in mehreren Theilen an verschiedene Bewerber vergeben.

2. Um für jeden Einzelfall die nicht unerhebliche Arbeit der Preisfeststellung und Wiederholungen zu ersparen, empfiehlt es sich, ein nach und nach zu ergänzendes Verzeichniß für alle vorkommenden technischen Leistungen derart aufzustellen, daß in demselben alle Einzelarbeiten soweit als möglich getrennt und zergliedert und aufs Genaueste beschrieben aufgeführt werden. Dieses Verzeichniß, welches zur Grundlage bei Vergebung von Arbeiten, bei Prüfung von Rechnungen zc. dienen soll, wird etwa alle fünf Jahre auf seine Abänderungsbedürftigkeit einer Prüfung unterzogen. Durch ein solches Geschäftsverfahren würde für die Verwaltung die mühsame Aufstellung der Bewerbsanschläge und Feststellung der Ausführungsbedingungen bei jedem einzelnen Bau sich wesentlich auf die Auswahl und Anziehung der betreffenden Positionen aus dem Preisverzeichniß beschränken lassen; die Verwaltungen hätten in dem Preisverzeichniß einen sicheren Anhalt für die Beurtheilung der in einzelnen Fällen geforderten Preise. Schienderpreise würden nicht mehr möglich sein und Pfuscherei nur denen Nachtheil bringen, die sie liefern. Auswärtige Concurrenz könnte, soweit es der Verwaltung gut scheine, ohne Schwierigkeiten fern gehalten werden, und die Unternehmer würden nicht mehr gezwungen sein, den Nutzen, den sie durch ihre Intelligenz erzielen, für Andere zu opfern. Die unlieblichen Ueberschreitungen der Kostanschläge würden aus der Welt geschafft, den Verwaltungen würde der Vorwurf erspart werden, durch die Submissionen die Handwerker zu ruiniren, die Beamten würden nicht gezwungen sein, mit so vielen Widerwärtigkeiten bei den Ausführungen zu kämpfen. Landesrath Krag, der in der Discussion sprach, hält das jetzige Submissionswesen gegen das frühere Licitationswesen für einen Fortschritt, der eingetreten sei, seitdem die Presse öffentliche Mißstände ans Tageslicht gezogen. Das Submissionswesen braucht nicht beseitigt zu werden, nur verbessert. Alle die vom Referenten angeführten Schäden seien nicht die Folge des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

des Submissionswesens, sondern der Fehler liege

unstreitig in der Organisation der Verwaltungen. Es fehle an der nötigen Ausbildung der Beamten. Es kämen von Westen her Beamte, die nicht einmal mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind, wie sollen dann diese Leute richtige Anschläge machen können? Nach weiterer Debatte wird schließlich der von uns bereits mitgetheilte Antrag an den hiesigen Magistrat angenommen. Es gebietet uns heut an Raum, diese Angelegenheit kritisch zu beleuchten, wir behalten uns das für einen besonderen Artikel vor. Nur das eine möchten wir anführen, daß man auf der Versammlung nur das Eine im Auge hatte: die Verbesserung der Lage des Handwerkerstandes. Von den Arbeitern, die doch unstreitig unter dem heutigen Submissionswesen am meisten zu leiden haben, war keine Rede. Diese Versammlung der Innungsmeister war für uns in verschiedenen Hinsichten lehrreich und werden wir daraus die nötigen Konsequenzen ziehen.

[In einer plumpen Anrempelung] der Socialdemokratie versucht sich das hiesige ultramontane Blatt. In einer Kritik des Betragens nationalliberaler Parlamentarier und Professoren gegenüber Centrumsleuten bringt das Blatt folgenden Schlußsatz:

„In Berlin hat das Wort „froh“ parlamentarischen, in Bonn das Wort „dumm“ akademischen Ursprungs. Sind die Socialdemokraten schon in die nationalliberalen Parlamentsbänke und in die Professoren-Kathedern eingerückt?“

Die ganz unmotivirte und durch nichts gerechtfertigte Anfechtung der Socialdemokraten, welche in die „Schlesische Volkszeitung“ hier leistet, zeigt unseres Erachtens, daß die stilkliche Entrüstung des Blattes über die nationalliberalen Flegelreiter keine Berechtigung hat, die von dem Blatt getadelten scharfen Worte wohl aber eine treffende Beschreibung seines eigenen Verhaltens gegenüber den Socialdemokraten ermöglichen.

[Zum Offenliegen der Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen.] Das Ober-Verwaltungsgericht hat kürzlich mit Bezug auf das Offenliegen der Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen eine principielle Entscheidung getroffen. Durch das Urtheil des Verwaltungsgerichts sind in Mülheim a. Rh. 17 Wahlen aus dem Jahre 1892 für ungültig erklärt worden, weil die Offenlegung von Wählerlisten nicht in gehöriger Weise stattfand und die Einsicht derselben nur in beschränktem Maße gestattet wurde. Ein städtischer Beamter hatte nämlich die Spalten der Liste, welche die von den einzelnen Wählern zu zahlenden Steuern betrafen, mittelst eines Streifens Actendeckels verdeckt. Ein solches Verfahren erklärte das Oberverwaltungsgericht für nicht zulässig, da nach der Städteordnung für die Rheinprovinz nichts von der Liste der Einkünfte vorzulegen werden dürfe. Auf Grund dieser Entscheidung ist auch die Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen vom Jahre 1894 beantragt worden, so daß in Mülheim bei 30 Mandaten 25 Neuwahlen statthaben hätten.

[Schwurgericht Breslau.] Letzte Montag, den 28. Januar, begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirectors Janke die erste ordentliche Schwurgerichtsperiode in diesem Jahre. Termine sind angesetzt bis zum 4. Februar. Für den 5., 6. und 7. Februar sind noch keine Termine anberaumt, doch kommt an einem dieser Tage voraussichtlich ein sensationeller Prozeß zur Verhandlung, der in Breslau schon vielfach Gegenstand des Stadtgesprächs gewesen ist. Freitag, den 8. Februar, soll gegen den Arbeiter Johann Wuttke aus Bismarck verhandelt werden, welcher eines Verbrechens wider die Sittlichkeit, der verachteten Nothzucht und des Straßenraubes angeklagt ist.

[Beseitigung von Schifffahrthindernissen.] Auf eine Anfrage der Breslauer Handelskammer beim Berliner Magistrat, wann die Hindernisse, welche zur Zeit die Durchläufe der Oberbaumbrücke und der Seidenammer Brücke für die Schifffahrt bedauern, beseitigt werden, ist nunmehr, der „Egl. Bz.“ zu Folge, vom Magistrat der Bescheid ergangen, daß der Abbruch der die Durchfahrthindernisse der Seidenammer Brücke begrenzenden Pfeilwerke bis zum 15. März d. J. beendet sein wird, falls keine unerwarteten Schwierigkeiten sich ergeben und daß bezüglich der Oberbaumbrücke der Großschiffahrt während der Bauausführung mindestens stets eine Durchfahrt von 10,0 Meter Breite, sowie eine Sichthöhe von 3,5 Meter bei Normalwasser und von 3,4 Meter bei Hochwasser offen steht.

[Seize Mitglieder-Versammlung des Gewerkschaftsartells.] Am Dienstag, den 23. d. Mts. Abends 8 Uhr, im Local zum „rothen Bock“, Kupferstraße 21 hat. Angeführt von

wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Delegirten dringend notwendig.

[Stadt-Theater.] Montag feht in Mozarts Oper „Die Zauberflöte“ Fräulein Olga Bewny als Pamina ihr Gastspiel fort. Die Besetzung der übrigen Hauptpartien durch die Damen Flora, Kraumer, Köhl und Großmann und die Herren Gireblad, Schmidt, Geißler, Wühlmann, Martini etc. ist bekannt. — Dienstag findet eine Wiederholung der Verdischen Oper „Othello“ in der Besetzung mit den Damen Rosen und Weiner, sowie den Herren Schläffenberg, Somer, Schmidt, Lehman, Martini und Wühlmann statt.

[Eröffnung der Obereisbahn.] Gestern, Sonntag, ist die Obereisbahn für Schlittschuhläufer und Stuhlschlitten eröffnet worden. Die Zugänge zur Bahn befinden sich an der Gräupnergasse und am Ausgange der Uferstraße.

[Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 13. Jan. bis 19. Jan. 1895 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 40 Eheschließungen statt. In der Vormoche wurden 259 Kinder geboren; davon waren 210 ehelich, 49 unehelich, 243 lebendgeboren, (135 männlich, 108 weiblich), 16 todtgeboren, (10 männlich, 6 weiblich). Die Anzahl der Geborenen (incl. Todtgeborene) betrug 206 (118 männlich, 88 weiblich) mit Einfluß der nachträglich aus Vormochen gemeldeten. Von den Gestorbenen fanden im Alter von 0 bis 1 Jahr 62 (darunter 14 unehelich Geborene) 1 bis 5 Jahren 22, von 5 bis 10 Jahren 4, von 10 bis 15 Jahren 2, von 15 bis 20 Jahren 6, von 20 bis 25 Jahren 6, von 25 bis 30 Jahren 6, von 30 bis 40 Jahren 16, von 40 bis 50 Jahren 14, von 50 bis 60 Jahren 18, von 60 bis 70 Jahren 21, von 70 bis 80 Jahren 25, über 80 Jahre 4. — Es starben an Scharlach 2, an Masern und Mädeln — an Mollie — an Diphtherie und Croup 7, an Wochenberstehen — an Keuchhusten 1, an Unterleibsstypthys — an acutem Gelenk-Rheumatismus — an Ruhr — an Brechdurchfall 2, an Magen- und Darmcarcinom bei Kindern bis 5 Jahren 11, an anderen acuten Darmkrankheiten — an anderen Infectionskrankheiten — an Krebs 9, an Gehirnschlag 3, an Krämpfen 15, an anderen Krankheiten des Gehirns 11, an Lungenschwindsucht 38, an Lungen- und Entzündungs-Erkrankung 21, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organen 4, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organen 12, an Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 14, an allen übrigen Krankheiten 51, in Folge von Verunglückung 2, in Folge von Selbstmord 1, Unbekannt 1, Entbaupfer 1. — Am 1. Jan. und 1000 Einwohner kamen in der Berichtswoch: Geborene überhaup 2347, im ersten Lebensjahre Geborene 257, an Lungenschwindsucht Geborene 544.

[Vollständig gemeldete Infectionskrankheiten.] In der Woche vom 13. Januar bis 19. Januar 1895 wurden 118 Erkrankungen gemeldet und zwar erkankten an mod. Voden — Cholera — Diphtherie 12, an Unterleibsstypthys — an Mollie — an Scharlach 25, an Masern 75, an Ruhr — an acutem Gelenk-Rheumatismus — an Wochenberstehen 1.

[Einbruch in diebstahl.] In der Nacht zum 26. d. Mts. wurde in das Gemach eines Klemmermeisters auf der Marktstraße eingebrochen. Der Dieb hat zunächst Hemper und Kleider angefaßt, und als ihm dies wohl zu lange währte, eine Schere eingeschlagen und sich so Eingang in das Gemach verschafft. In diesem sind fast sämtliche Kleider zerstückelt worden, jedoch ist dem Dieb nur 12 Mark zur Hand. In dem Gemach hat der Dieb, der sich nach vorhandenen Notizen zu schließen, bei der Zerkleinerung der Kleider eine Wunde zugezogen haben dürfte, einen Hobel und drei Rasiermesser zurückgelassen. — Bei einem Einbruch in eine Bodenstube auf der Verwerksstraße wurde eine Uhr und ein Leder Koffer gestohlen. — In der Nacht zum 24. d. Mts. wurde in ein King Nr. 14 gelegenes Geschäfte ein gewaltthätiger Einbruch verübt. Der Dieb eignete sich 100 Mark, mehrere Wolldecken, eine Anzahl Leinwand, Kleider und eine Cigarettenbox an. — Aus dem Bodenstube an der Heilburger Straße wurde am 22. d. Mts. Kasse im Werte von 10 Mark gestohlen.

[Vollständige Nachrichten.] Verhaftet am 23. d. Mts.: 11 Personen. — Gestohlen: einem Drehschleifer auf der Marktstraße 2 Hüden. — 15 Hunden geklaut: ein goldenes Ring und ein Schmuckstück mit 6 Rd. — Gestohlen: ein Zwanzigmarkstück, ein Armband, 30 Spielkarten und eine graumelne Weste.

Schlesien.

Provinzielle Rundschau.

Eine fürstliche Kautelmann befindet sich nach der „Luz. Zeitung“ in West- u. Ostschlesien. Im Schloßberg bei W. im Jahre 1895 eine einflußreiche Persönlichkeit errichtet, um die Kinder der im genannten Bezirk wohnenden Deutschen, Polen u. Litauern zu erziehen. Die Zahl der Kinder ist eine beträchtliche und steht den Halbtagskinderkassen mit überaus reichhaltigen Mitteln. Und wo sind die Schulkinder? In einem hübschen Gebäude, welches die fürstliche Verwaltung erworben und zu Wohnzimmern eingerichtet hat. Da wohnen ein Direktor, ein Schreiber und Dreizehn Lehrer, der das Kind der Mutter wegen in der Wohnung überwachet, ein Grenzbeamter, ein Photograph und der Lehrer in zwei Stuben, welche in verschiedenen Theilen des Hauses liegen. Er hat auch eine 3' Quadratmeter große Küche im besondern Theile des Hauses, so daß man sagen kann: Der Lehrer hat ein besondern Schlaf-, Kochzimmer und eine besondern Küche. — Alles über dem Fluß, um auch zu nicht aus den Augen des Schloßes und Schloßes zu kommen; denn im Dienste des Schloßes bleibt er ununterbrochen. Das Schloßgebäude selbst ein Trapes und hat eine besondern Fremdenzimmer des nicht besondern geschlossenen Hofes zum goldenen Thore. Das ist die fürstliche Kautelmann Kautelmann im Schloßberg bei W.

An die Zahlstellen und Vertrauensleute des deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Schlesien und Posen.

Bezugnehmend auf die Anfrage in der Nummer der Metallarbeiterzeitung vom 22. December 1894, wie sich die Zahlstellen von Schlesien und Posen zur Abhaltung einer Bezirksconferenz stellen, beruft die bezügliche Commission die Konferenz auf Sonntag, den 3. März, 10 Uhr 30 Minuten Vormittags in das Local von Edlich, Breslau, Neumarkt 8, ein. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Bericht der Delegirten.
2. Die Arbeitslosen-Unterstützung.
3. Anträge der Zahlstellen.
4. Unsere Organisation.
5. Verschiedenes.

Die Collegen werden ersucht, zu der Conferenz Stellung zu nehmen und die Wahl der Delegirten zu vollziehen. Die Delegirten haben als Ausweis ein Mandat vorzulegen, welches von der Ortsverwaltung oder vom Vertrauensmann unterzeichnet sein muß. Des Ferneren bitten wir die gewählten Delegirten, von ihrer Wahl dem Unterzeichneten umgehend Mittheilung zu machen. Zu jeder nähern Auskunft gern bereit, zeichnet

Mit collegialischem Gruß

J. A.:

Denald Bissel, Breslau, Sonnenstraße 7.

N.S. Stegitz. Daß man sich hier mit dem Gedanken herunträgt, die Partei als Verein zu erklären resp. die Vertrauensleute als Leiter eines unangemeldeten Vereins unter Auflage zu stellen, scheint sich immer mehr zu bestätigen. Es fehlt aber offenbar das nötige Material zur Begründung der Auflage und so wurde gehandelt. Den Vertrauenspersonen, den Genossen Helzig und Conrad kam die Collie in's Haus und sahndere nach einem Protocoll- und Cassenbuche der Partei. Sie erfüllte ihre Mission recht gewissenhaft, denn volle 2 1/2 Stunden waren es, die sie allein in der Wohnung des Genossen Conrad zubrachte, um die genannten Bücher, die zur Vernichtung der Socialdemokratie dienen sollten, zu finden. Alles, insbesondere jeder Brief, wurde auf's Genauste in Augenschein genommen und untersucht. Doch all diese Mühe war schließlich vergebens, ein Protocoll- und Cassenbuch wurde nicht gefunden; es ist aber auch nicht zu finden, weil derartige Bücher nicht geführt werden. Der Polizei hätte die Arbeit eripart bleiben können.

Dieg. 26. Januar. Die Arbeiterin Böhm sollte, wie gemeldet wurde, durch den Arbeiter Weidenreich erschlagen worden sein. Nun wird der hiesigen Zeitung über das Ergebnis der Section der Leiche mitgetheilt, daß ein plötzlicher Bluthaus die Todesursache gewesen sei, alle Mordgerüchte grundlos sind.

Freitag, 25. Januar. Das Glend auf der Landstraße. Auf der hiesigen Naturabverpflegungstation wurden im vorigen Jahre 4437 Wanderer verpflegt und zwar 734 mit Mittagbrot, 3703 mit Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück. — So zu lesen in bürgerlichen Blättern, welche die Bortrefflichkeit unserer heutigen Gesellschaftsordnung bei jeder Gelegenheit in den begeisterten Tönen preisen. 4437 Menschen, welche durch die äußerste bitterste Noth gezwungen wurden, die „Noththätigkeit“ der heutigen Gesellschaft in Anspruch zu nehmen, d. h. für ein paar Kartoffeln und eine Streu als Nachtlager stundenlang ungewohnte Arbeit, wie Steinlopfen etc. verrichten müssen.

Steinwig, 25. Januar. Der ermordete Gendarm Fieber wurde am 22. d. M. in Dworog unter großer Theilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. An dem Begräbniß nahmen auch der hiesige Landrath, der Gendarmarie-Districtsoffizier, sowie 44 Kameraden des Verstorbenen Theil.

Gerichtliches.

Gewerbegericht. In den beiden letzten Sitzungen, die unter dem Vorsitz der Stadtrathe Peterson und Janke stattfanden, kamen unter anderem folgende Streitfachen zur Verhandlung.

Wie mancher Arbeitgeber darauf bedacht ist, einem Arbeiter aus den geringfügigsten Umständen den ferneren Fortschritt zu erschweren, wenn er ihn entläßt, das zeigte der Streitfall zwischen dem Kellner Schicklitz und dem Restaurateur Sommer. Schicklitz war bei dem Restaurateur eine Zeit lang, beschäftigt, aber plötzlich aus der Arbeit entlassen worden. Bei seinem Abgang stellte ihm sein Principal ein Zeugniß aus, auf Grund dessen der Kellner wohl nirgends unterkommen konnte. Es wird darin gesagt, daß er (Sommer) von der Ehrlichkeit des Schicklitz nicht überzeugt sei. Außerdem waren sonst noch über die Führung des selben verschiedene Punkte angegeben, die ein schlechtes Licht auf Sch. werfen. Der Vorsitzende fragte den Beklagten, welche Ausstellungen er gegen den Kläger zu machen habe, denn der Wortlaut des Attestes lasse darauf schließen, daß er die Ehrlichkeit des Klägers bezweifle. Auf diese Frage erklärte S. er hätte den Kläger öfter dabei ertappt, wie er aus der Flasche Schnaps getrunken habe, er hätte sich auch öfter betrunken und sei gegen ihn renitent gewesen. Er glaube daher, daß Kläger ein anderes Zeugniß nicht verdienen habe. Der Vorsitzende rief dem Kläger von einem Führungstafel abzugehen und sich mit einem Zeugniß über Dauer und Art der Beschäftigung zu begnügen. Zur Ausstellung eines solchen Attestes wurde Beklagter auch verpflichtet. Kläger hatte bestritten, daß er Schnaps getrunken, oder sich betrunken habe.

Die Bediensteten bei dem Restaurateur und Hotelbesitzer Dorn auf der Sandstraße scheinen nicht auf Rosen gebettet zu sein. Zu wiederholten Malen hatten wir Gelegenheit, bei dem Gewerbegericht die Art und Weise kennen zu lernen, wie Dorn seine Leute behandelt. In dem Fall, über den wir berichten wollen, klagt ein taubstummes Dienstmädchen gegen ihn auf Zahlung eines rückständigen Lohnes von

27. März. Beklagter weigert sich, diesen Betrag zu zahlen, da das Mädchen vier Wochen krank gewesen sei und soviel Krankengeld bezogen habe. Er habe ihr auch drei Mark Angelid gezahlt, die er abziehen wolle, und dann wolle er sich auch für das von der Klägerin zerbrochene Geschirr schadlos gehalten sein. Die Klägerin, der der Director der Taubstummenanstalt beistand, gab an, daß sie im Ganzen Krankengeld für drei Wochen mit 9,30 Mark bezogen habe, sie glaubt aber, daß ihr das Geld nicht abgezogen werden könne. Klägerin schildert auch die schlechte Behandlung, die sie bei ihrem Dienstherrn habe erleiden müssen. Das Gewerbegericht sprach ihr 15,47 Mark zu, der Abzug des Krankengeldes sei berechtigt, nicht aber der des Angelids und für das zerbrochene Geschirr. — Ein wahres Muster von einem Lehrherrn scheint der Mechaniker Hubert zu sein. Der Mann nimmt soviel Lehrlinge an, soviel er nur erlangen kann, macht mit den Eltern derselben Lehrverträge, wobei er niemals vergißt, sich eine Conventionalstrafe von 50 oder mehr Mark auszubedingen, für den Fall, daß der Lehrling vertragsbrüchig würde. Hat er die Lehrlinge, dann mißhandelt er sie, und wenn sie fortlaufen, verklagt er die Eltern auf Zahlung der Conventionalstrafe. Die Eltern dreier verschiedener Lehrlinge klagen nun auf Aufhebung der Lehrverträge, um so den Klagen des Hubert zuvorzukommen. Die Beweisaufnahme ergab, daß Hubert jeden Lehrling in einer Weise mißhandelt, die das Maß des gesetzlichen Buchtigungsrechtes weit übersteigt.

Dazu beschimpft er sie noch und läßt sie auf fremde Namen bei einem Eisenkaufmann Waaren einkaufen, um Rabatt zu erhalten, den er auf seinen Namen nicht bekommen würde. Hubert bestreitet das Alles, er giebt zwar zu, manchmal die Fingerringe hinter die Ohren der Lehrlinge zu haben, aber das sei nur nicht so gefährlich gewesen, die Lehrlinge wären aber, daß ihr Lehrherr sie jedesmal mit der Faust auf den Kopf geschlagen habe, daß sie zu Boden fielen. Einem der Lehrlinge hat er sogar auf dem Vorsaal des Gewerbegerichts ein paar derbe Ohrfeigen versetzt. Das Gewerbegericht löste den Lehrvertrag des Lehrlings Fleminig, während die beiden anderen Sachen vertagt wurden, um Zeugen und einen Sachverständigen zu vernehmen.

Wir meinen, wenn ein Lehrherr sich soweit vergißt, daß er einen Lehrling vor allen Leuten mit Ohrfeigen tractirt, dann bedürfte es keiner weiteren Beweise mehr; ein solcher Mann ist nicht befähigt, einen Lehrling auszubilden. Uebrigens wird diese Angelegenheit ein Nachspiel vor dem Strafrichter haben.

Wegen der Bezeichnung Büttel in Bezug auf einen Polizeibeamten wurde vor einiger Zeit ein Redacteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. In den letzten Tagen hatte sich vor dem Dresdener Schöffengericht ein Arbeiter aus Völschwitz wegen des gleichen Ausdrucks, durch den sich ein Polizeibeamter beleidigt fühlte, zu verantworten. Der Angeklagte hatte zu einem Kollegen, so daß es der Beamte hören konnte, gesagt: „Du, Büttel, daß man jetzt nicht mehr sagen, der dort kommt, das ist und bleibt aber unter Gemeindebüttel, und wenn ich deswegen auch noch ein paar Wochen nach Dresden komme.“ Vor Gericht erklärte der Arbeiter, daß es ihm vollständig fern gelegen habe, den Beamten zu beleidigen, das Gericht müßte „ganz Völschwitz“ auf die Anklagebank fordern, wenn die Bezeichnung Büttel strafbar wäre. In Völschwitz ging man sogar noch weiter, dort nenne man den Beamten Gemeindefittig. Demgegenüber betonte der Amtsanwalt, Commissionsrath Wimmer, daß die Bezeichnung Büttel an und für sich keine Beleidigung sei, in diesem Falle sei aber klar zu sehen, daß den Angeklagten eine beleidigende Absicht geleitet habe und müsse aus diesem Grunde die Verurteilung erfolgen. Und so geschah es. Das Gericht unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Becker erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Der Lütticher Anarchistenproceß hat in seinem bisherigen Verlauf als fast unumstößliche Thatsache ergeben, was schon vorher vermuthet worden war, daß der falsche Baron Ungern-Sternberg, der intellectuelle Urheber der unglücklichen Attentate, ein russischer Vespitzel gewesen ist. Er hatte sich bekanntlich von Lüttich nach Amsterdam begeben, wo er bei einem französischen Anarchisten abstieg. Hier ist er, wie der holländische Polizeioffizier Batelet festgestellt hat, bei dem russischen Consul gewesen und hat diesem erklärt, er sei von der russischen Regierung beauftragt, die Anarchisten in Belgien und Frankreich zu überwachen; er sei in Paris und Lüttich gewesen und habe den Lütticher Anarchisten als „Gehemmagent“ beigegeben, er gab dem Consul einen eingehenden Bericht über die Anschläge. Dem Consul kam diese ganze Geschichte nicht recht geheuer vor und er lehnte es ab, seinen Paß zu visiren. Der Amsterdamer Polizeichef ordnete die Festnahme des Barons von Sternberg an, aber alle Versuche, seiner habhaft zu werden, mißlingen. Der Lütticher Gerichtshof hat, wie der Vorsitzende erklärte, den russischen Consul in Amsterdam zu seiner persönlichen Vernehmung vorgeladen; der Consul hat aber sein Erscheinen „auf Grund der diplomatischen Immunitäten“ abgelehnt. Dabei machte der Vorsitzende auf das seltsame Verhalten des russischen Consuls aufmerksam, der erst nach zehn Tagen der Amsterdamer Polizei Auskunft über die Besuche des Barons gegeben habe. Auch der in Lüttich sich aufhaltende russische Anarchist Chemist Hertz, welchen der falsche Baron um Unterricht in der Herstellung explosibler Stoffe ersucht hatte, gewann damals die Ueberzeugung, daß dieser ein russischer Vespitzel sei und warnte seine Landsleute. Im Anschluß hieran gab der Vorsitzende seinem Ertraumen über einen weiteren Vorgang Ausdruck. Es ist durch Zeugen festgestellt, daß der Baron regelmäßige Geldsendungen durch Herrn von Leonard von der russischen Botschaft in Paris erhielt. Die Pariser Polizei hat amtlich nach Lüttich berichtet, daß ein Herr von Leonard garnicht existirt. Nun aber war jetzt der Kaufmann Douven in Paris beauftragt worden, von demselben Herrn Leonard 150 Fr. auf der russischen Botschaft einzuziehen. Der Portner der Botschaft hat Herrn Douven erklärt, er kenne nicht die Adresse des Herrn Leonard; dieser sei Botschaftsattaché, der nur selten nach der Botschaft komme, und nur, um Schriftstücke zu unterzeichnen. — Leider ist es uns Raummangels halber nicht möglich, erschoßpende Berichte über diesen interessanten Proceß zu bringen.

Technik und Wissenschaft.

Gewaltige Eisenmassen unter der Erdoberfläche.
Als in den fünfziger Jahren eine genaue Triangulation des europäischen Rußlands ausgeführt wurde, fand sich das merkwürdige Ergebnis, daß in der Umgebung von Moskau die Lotlinie eine sehr merkwürdige Ablenkung von der normalen Richtung erleidet. Diese Ablenkung macht sich am stärksten innerhalb einer Zone um Moskau bemerkbar, welche von Norden nach Süden etwa 40 Kilometer und von Osten nach Westen ungefähr 180 Kilometer ausgehakt ist. Dort weicht das untere Ende des Lots um einen Bogen von 11 Grad nach Norden von der Normalen ab. Etwa 12 Kilometer südlich von Moskau, auf einer ziemlich von Osten nach Westen streichenden Linie, ist seine Richtung völlig normal, während noch weiter südlich das untere Ende des Lots um etwa 5 Grad nach Süden abweicht. Eine so bedeutende Ablenkung der Lotlinie in völlig ebener Gegend legt den Gedanken nahe, daß dort unter dem Erdboden Massen von großer Dichtigkeit sich befinden müssen. Als solche dachte man zunächst an große Eisenmassen, und damit war der Gedanke nahegelegt, die Existenz solcher Massen möglicherweise durch erdmagnetische Messungen nachzuweisen. Der durch seine erdmagnetische Aufnahmen wohlbekannte Forscher H. Fritzsche hat im Juni 1893 eine magnetische Untersuchung der Umgebung Moskaus bis zu 60 Kilometer Entfernung ausgeführt. Es wurden dadurch für 31 Orte die erdmagnetischen Elemente genau bestimmt und hierauf gestützt ihre Abweichungen kartographisch dargestellt. Daraus ergibt sich, daß in einer 20 Kilometer von Norden nach Süden breiten und 150 Kilometer von Osten nach Westen langen, über Moskau streichenden Zone die totale Intensität der erdmagnetischen Kraft bedeutend größer ist als nördlich und südlich davon, auch ist im wesentlichen Theile dieser Zone die Anomalie größer als im östlichen. Eine Karte der Anomalien der magnetischen Inklination zeigt, daß die Neigung der Magnetnadel im Norden von Moskau größer, im Süden kleiner ist als die normale, und ebenso zeigt eine Karte der Anomalien der magnetischen Declination, daß diese im Nordwesten kleiner, im Südosten größer ist als die normale. Die Untersuchung dieser Thatsachen im einzelnen führt zu dem Ergebnisse, daß dort, wo die Local-Attraction in der Umgebung von Moskau beobachtet wurde, unter dem Erdboden in der That ungeheure Eisenmassen vorhanden sein müssen, welche in einer Mittelzone südlichen, in zwei nördlich und südlich davon streichenden Nebenzonen nördlichen Magnetismus enthalten. Die Frage, in welcher Tiefe diese Eisenmassen sich befinden mögen, läßt sich nicht mit voller Sicherheit beantworten, nach der Rechnung von Fritzsche ist aber anzunehmen, daß der Eisenrücken der Mittelzone schwerlich weniger als 35 000 englische Fuß tief liegt. Eine Ausbeutung dieser ungeheuren Eisenlager ist also schon durch die große Tiefe, in welcher sie sich befinden, ausgeschlossen.

Vermischtes.

Männerholz vor Königsbüchsen. Nachfolgende Neujahrsadresse hat der Magistrat von Berlin seinem Kaiser und König gesandt: „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König, Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Euer Kaiserliche und Königliche Majestät bitten wir, unseren ehrfurchtsvollen Glückwunsch zum neuen Jahre huldreich aufzunehmen; wir sprechen ihn aus in aufrichtiger Treue, er ist im Jahre der hehren Anfang unseres Werkes und bleibt sein Siegel. Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Scepter schuf Raum den fleißigen Händen, dem Sinnen der Geister, den Klängen der Kunst. Schrittweise eröffnet die Natur dem emsigen Forscher den unermeßlichen Vorrath ihrer Kräfte für den Gebrauch der Menschheit, schrittweise offenbart des Höchsten Gnade dem heiligen Denken die faßbaren Formen höchsten Glaubens. . . Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät allerunterthänigste trugehorjamste Magistrat zu Berlin, gez. Zelle.“ — Die Berliner Stadtverwaltung ist deutschfreiwillig.

Chemnitz, 26. Januar. Durch die Explosion eines Gasbehälters in der Maschinenfabrik Kappel wurden am Freitag ein Monteur und Lehrling getödtet.

Ein schweres Grubenunglück wird aus Homburg gemeldet: Auf dem im Abteufen begriffenen Schacht 3 der Zeche „Rheinpreußen“ fuhren Freitag Morgen 7 Bergleute in einem neuen Förderwagen zu Tage. Schon war die Auffahrt fast beendet, als der Wagen umkippte und 5 Bergleute von den 7 in die Tiefe stürzten. 2 der Arbeiter kammerten sich an den Wagen und kamen so mit dem Leben davon. Die anderen 5 Bergleute stürzten etwa 50 Meter in die Tiefe, wobei sie mit zertrümmertem Schädel todt liegen blieben. Fünf Wittwen mit zusammen 26 Kindern beweinen den Tod ihrer Ernährer.

Wien, 26. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Anna (Ungarn), gestern Nacht wurde durch eine Explosion schlagender Wetter im Schachte der Staatsbahn-Gesellschaft durch Eindringen von Luft in ein altes Brandfeld eine Person tödtlich verlegt. Sechs Personen erlitten Brandwunden.

Ueber die fürchtbare Erdbebenkatastrophe in der persischen Stadt Kutschan treffen jetzt genauere Nachrichten ein. Wie die „Times“ aus Teheran vom Freitag meldet, zerstörte die erste Erschütterung bei dem Erdbeben vom 17. d. M. Mittags die Stadt Kutschan innerhalb 3 Minuten und begrub 660 Personen in einer Moschee und etwa ebensoviele in verschiedenen öffentlichen Anstalten und Häusern. Drei Tage hindurch fehlte es an Wasser und Lebensmitteln. Die Leiden der Ueberlebenden sind schrecklich und steigern sich in Folge der Entbehrungen und der sich täglich wiederholenden Erdstöße. Seit dem 17. d. M. herrscht starke Kälte. Aus Askabad kommen russische Aerzte zur Hilfe.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin, 27. Januar.** Die „Post“ bringt folgende Mittheilung: Freiherr v. Stumm-Halberg hat den Professor Wagner auffordern lassen, entweder die in seiner durch das „Volk“ veröffentlichten Erklärung vom 24. Januar enthaltenen beleidigenden Äußerungen zurückzunehmen oder die unter Ehrenmännern übliche Genugthuung zu gewähren. Nachdem Professor Wagner beides unter nichtigen Vorwänden ab-

gelehnt hat, überlassen wir das Urtheil über die Person und das Verhalten des Professor Wagner allen anständig Denkenden.

Aus dem Jargon der „Post“ in das einfache Deutsch des gesunden Menschenverstandes übersetzt, heißt das: Herr von Stumm hat den Professor Adolf Wagner zum Zweikampf fordern lassen und Herr Wagner hat die Forderung abgelehnt. Daß die „Post“ von „nichtigen“ Vorwänden spricht, kann unter diesen Umständen dem Professor Wagner, dem „alle anständig Denkenden“ Beifall zollen werden, nur zum Vortheil gereichen. Das öffentliche Urtheil wird sich viel mehr mit Herrn v. Stumm als mit Herrn Wagner befassen. Denn Herrn v. Stumm, den Vorkämpfer für Religion, Sitte und Ordnung, als Herausforderer zum Zweikampf, als bewußten Verlezer des Strafgesetzbuches zu sehen — wenn das nicht ein Schauspiel für Götter, Socialdemokraten und alle ruhig denkenden Menschen ist, dann giebt's keine blutige Fronie mehr auf Erden!

— **Budapest, 27. Januar.** Nach Meldung des „Ung. Corresp.“ ist die friedliche Beilegung des Zwistes zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien in Folge der neuen Accisensteuer zu erwarten, da man in Bulgarien, wo bereits eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen hat, den Forderungen des österreichisch-ungarischen auswärtigen Amtes entgegenkommt und so bei vollkommener Wahrung der gegenseitigen Handelsinteressen eine Verständigung demnächst erzielt werden dürfte.

— **Mailand, 27. Jan.** Den Urhebern des Bombenattentats ist man bereits auf der Spur. Gestern gelang es der Mailänder Polizei, den Verfälscher der Bombe, die vor einigen Tagen in der Via Borgonuovo gefunden wurde, zu verhaften. Es ist ein junger Mechaniker, Namens Arturo Milani.

— **Paris, 27. Januar.** In der Nacht zum Sonntag hat sich das Ministerium Ribot constituirt und ist wie folgt zusammengesetzt: Minister-Präsident und Finanzen: Ribot; Inneres: Leygues, der bisherige Unterrichtsminister; Unterricht: Poincaré; Justiz: Trarieux; Colonien: Chaumont; Handel: Leboucq; Meubres: Hanotaux; Ackerbau: Senator Gadot; Arbeiten: Dupuy-Dutenay. Das Kriegs- und das Marineministerium haben General Jamont resp. Admiral Bernard, die in der Provinz weilten, auf telegraphische Anfrage übernommen.

— **Paris, 27. Januar.** Unser Genosse Jules Guesde, bekanntlich Mitglied der Deputirtenkammer, soll nach Mittheilungen bürgerlicher Blätter wegen hochgradiger Nervosität in eine Heilanstalt überführt sein. Die Bestätigung dieser betrübenden Nachricht bleibt abzuwarten. — Auch der noch immer im Gefängnis befindliche socialistische Deputirte Gerault-Richard ist sehr schwer erkrankt.

— **Brüssel, 27. Januar.** Der Kammer-Präsident Lantfheere beharrt auf seinen Demissionensentschluß. Die Bestätigung in ministeriellen Kreisen ist um so größer, als Staatsminister Beernaert, den man gern im Präsidentensstuhl kalt stellen wollte, sich weigert, das Präsidium zu übernehmen.

— In einer gestern Abend stattgehabten Fraktionsung haben die Brüsseler Abgeordneten beschlossen, sich für das allgemeine Wahlrecht auszusprechen, das sich aus dem Pluralvotum und der proportionellen Vertretung zusammensetzt.

— **Petersburg, 27. Januar.** Gestern Abend ist der Minister des Aeußern, Nikolai Karlowitsch v. Giers, der bekanntlich schon seit längerer Zeit schwer leidend war, im 75. Lebensjahre gestorben.

Standesamtlich. Nachrichten.

Bom 25. Januar.
Todesfälle. II. Jda, T. des Arbeiters Wilhelm Feie, 3 W. — Helene Hoffmann, 22 J., ohne besonderen Stand. — Marie, T. des Schuhmachers Vincenz Schwarz, 3 W. — Martha, T. des Schmieds Carl Slaney, 10 W. — Marie, T. des Schmieds Franz Wiedersich, 4 J. — Pensch Eisenbahnarbeiter Heinrich Bruner, 67 J. — Lohnfuhrmann August Mohaupt, 52 J. — Nähterin Emilie Bruner, 21 J. — Zimmermann Carl Scholz, 56 J. — Emma Reich, 62 J., ohne besonderen Stand. — Commis Alfred Heise, 20 J. — Gertrud, T. des Schuhmachers Hermann Franke, 2 J. — Elise, T. des Lithographen Carl Schröder, 7 W. — Curt, S. des Korfenhändlers Oscar Müller, 7 J. — Marie, T. des Arbeiters Pau Rahlert, 2 J. — Alice, T. des Photographen Louis Thiele, 12 J. 6 W. — Restaurateurfrau Bertha Placzek, geb. Junf, 52 J. — Maschinenputzer Carl Janke, 56 J. — Bremserfrau Auguste Neugebauer, geb. Würche, 51 J. — Zimmermannswitwe Julie Beck, geb. Weier, 81 J. — Hausbesitzerfrau Emilie Müller, geb. Feutich, 59 J. — Königlicher Landgerichts-Director Theodor Schmidt, 52 J. — Rauchhändlerfrau Agnes Becker, geb. Gruhn, 53 J. — III. Sattler Otto Kother, 43 J. — Magda, T. des verstorbenen Sattlers Otto Kother, 10 W. — Müllerfrau Justine Biewald, geb. Pörcke, 52 J. — Arbeiter Josef Wgmann, 58 J. — Antonie, T. des Monteurs Erich Hertel, 7 Stdn. — Gamaschenhelferin Anna Pflüger, 27 J. — Dienstmagd Oscar Rujche, 54 J. — Lehrerstochter Emeline Richter, 21 J.

Bom 26. Januar.
Todesfälle. I. Arbeiter Berthold Mencke, 37 J. — Arbeiterfrau Rosina Specht, geb. Kretschmer, 53 J. — Arbeiter Wilhelm Walter, 37 J. — Geometer Leopold Stäbler, 75 J. — Kellnerwitwe Marie Geier, geb. Baumann, 51 J. — Schiffsbauer Carl Esermann, 20 J. — Knechtswitwe Helene Junke, geb. Walter, aus Brodau, 54 J. — Maurerpolier Joseph Tripte, 70 J. — II. Kohrleger Johann Gottlieb Bernert, 48 J. — Arbeiter Gottlieb Reburg, 60 J. — Schuhmacher Franz Breitkopf, 63 J. — Drochsenbesitzer Franz Weigelt, 63 J. — Hermann, S. des Schuhmachers Heinrich Nitsche, 7 W. — III. Bahnarbeiter Carl Madai, 47 J. — Kaufmannsrau Salomena Bariska, geb. Cohn, aus Kalisch, 41 J. — Wirtschaftssinspector Boleslaus Weime aus Rajkow, Gouvernment Kalisch, 38 J. — Clara, T. des Buchhalters Heinrich Panten, 4 J. — Drochsenbesitzer Ernst Beythahn, 64 J. — Kaufmannswitwe Olga Sachleben, geb. Leichter, 50 J. — Georg, S. des Arbeiters Alfred Rangner, 4 W. — Pensch Eisenbahnstationsvorsteher Gottfried Seidel, 67 J. — Lucia, T. des Monteurs Erich Hertel, 2 Tage. — Paul, S. des Arbeiters Johann Strael, 11 W.

Stadt-Theater.

Montag: „Die Zauberflöte.“
Dienstag: „Ditho.“

Lobe-Theater.

Montag: „Madame Sans-Gêne.“
In Vorbereitung: „Die wilde Jagd.“

Victoria-Theater

(Simmener-Garten.)
Täglich: Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Kaffee! Kaffee!

Engl. frisch gebr., das Pfd. 140 160 Pfg.
Getreide-Caffee, das Pfd. 12 Pfg.
Bester weicher Farin, das Pfd. 21 Pfg.
Bestes Schweinefett, das Pfd. 55 Pfg.
Bester Syrup, das Pfd. 15 Pfg.
Beste Draniemb.-Kern-Seife, d. Pfd. 20 Pfg.
f. Jamaica-Rum, a Liter 100 Pfg.
Bestes Weizenmehl 00, das Pfd. 11 Pfg.
Feinstes Petroleum, a Liter 15 Pfg.

Otto Ogrowsky jr.,
4/5 Große Grosseingasse 4/5.

Arac, Rum, Cognac

selbst importirt en gros und en détail.
ff. Punsche u. Glühweine-extracte.
Banane-, Ananas-, Burgunder-,
Kaiser-Wein- u. Punsch,
ff. Original- und Tafel-Liqueure
Kranacherer Klosterbier,
3871 Mandarinen-Singer,
Benedictiner,
Chartraine, Curacao u.
„Rachob“.

Weg- und Cholera-Mittel,
bekannt durch seine vorzügl. lichen Eigen-
schaften,
Altes Bresslauer Korn mit Heu-
abgesogen, Johannisbeerwein,
Blaubeerwein, Pfirsich- u. Mandarinen-
essig.

Hermann Seidel

BRESLAU, Ring 27.
Telephon No. 8.
Verkaufsstellen: In Ausnahmefällen im
Gaukler- u. Comptoir im Hof.

50 Nähmaschinen.

hochleg., renommirte Fabrikate,
sowohl billig zu verkaufen bei

W. Buttermilch

Neumarkt 8, I. Etage. 3483
Maschinen-Reparatur-Anstalt.
Sehr. Maschin. in Zahlung ge-
nommen, Zehnjährig. bewilligt.
Die Pfaff Singer u. Singer-
weibler. Nähm. in Lager.
2-5 Jahre streng reell Garantie.

Musik-Instrumente.

In Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielböden zum Drehen u. selbst-
spielend. Musik-Automaten fertigt
R. Cohn, Kupferschmiedestr. 17.

Farin

Beste, Pfd. 20-22 Pfg.
Reiner, Carlshöder Mühle, unüber-
höflich, von großartigem Geschmack,
Pfd. 1,60 RM. 3484
andere Sorten, von 1,20-1,90 RM.
Feinstes Backmehl, Pfd. 20 Pfg.
Grob. weinl. Mehl, Pfd. 20 Pfg.
Sahne u. Crème, gut halt., 2 Pfd. 10 Pfg.
Kuchen, gebackt, mit Milch, Pfd. 12 Pfg.
Groschen, per Pfd. von 10 Pfg. an
Bitter Crème, Pfd. 14 Pfg.
In weicher Pflanzenmilch, Pfd. 18 Pfg.
Laktosemehl, reine, Pfd. 70 Pfg.
Speisestärke, Pfd. 58 Pfg.
Eingelegte Schinken, und
getrocknete Gemüse billig.
Kuchentorte 99
E. Adamy, Scharfstr. 1.

Große öffentliche Frauen-Versammlung
Mittwoch, den 30. Januar, Abends 8 Uhr
im großen Saale des „Deutschen Kronprinz“, Kurze Gasse 50/52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau Emma Ihrer über des Thema: „Die proletarische Frauenbewegung in
politischer und gewerkschaftlicher Beziehung“; 2. Diskussion; 3. Wahl einer weiblichen Vertrauens-
person; 4. Verschiedenes.
Männer sind eingeladen. — Entree 10 Pf.

Berein Gewerkschafts-Partell.
Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr
im Local zum rothen Löwen, Kupferschmiedestr. 21.
Tages-Ordnung: 1. Ausscheiden der Mitglieder. 2. Kassenbericht über das
2. Halbjahr. 3. Bericht der Besorger-Commission und Bericht über die
Central-Verberge. 4. Vorstandswahl. 5. Verschiedenes.
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung
der Sattler, Tapezierer u. verw. Berufe.

Dienstag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr
im II. Saale des „Deutschen Kronprinzen“, Kurze Gasse 50/52:
Tagesordnung siehe Placate.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Einberufer.

5 Pf. Sumatra-Cigarren
Sumatra-Deckblatt und Garnen-Umbblatt
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack
100 Stk. 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 3188
Cigarrenfabrik E. Lampke vorm. A. Kirchner
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Odeuthorbahnhof.
Filialen: Schrotgasse 1, Hammerstr. 35, Friedrich-Wilhelmstraße 4,
Klosterstraße 28a, Schmiedebühl 47.
Geschnittene und ungeschnittene anerkannt gute Rippen offerirt billig

Sopha
3075
gut und dauerhaft gearbeitet, von
18 Mark an, polirte Bettstellen
mit Matratze und Kissen von
27 Mk. an. Schränke, Tische,
Spiegel, Küchenmöbel billig
mit
Kirch-Str. 22,
Schindler, Tapezierer.

Wegen Geschäfts-Aufgabe
vollständiger Ausverkauf
meines gut sortirten Lagers, bestehend in hiesigen Sorten:
Ober- und Unterleder, sowie
Schuhmacher-Bedarfs-Artikel und Leisten
zu außerordentlich billigen Preisen.
S. Schlockow,
47 Nicolaistraße 47.
3470

Herrn- u. Damen-Garderobe aller Art
mit vorzüglicher
Garantierte Qualität
Gesamt-Preis der Kleider
nur noch geringen Betrag
und der Arbeiter eine
ausgezeichnete Gelegenheit zu
billigen Anschaffungen zu
haben.
Besten mit billiger wie überall, zu haben in Breslau bei
V. Liepelt,
Confectionshaus „Solidarität“,
Nr. 63a, Nicolai-Str. 63a,
Ede. Herr Weißbier.

Der Wahre Jacob
Nr. 222,
Kür. social. Wählblatt.
Preis 10 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Colporteurs

Soeben erschien:
Das Protokoll
über die Verhandlungen
des
Parteitages
der
socialdemokr. Partei Deutschlands,
Abgehalten zu Frankfurt a. M.
vom 21.-27. October 1894.
Preis 25 Pf.
(Porto 10 Pfg.)
Zu beziehen durch die Exped. d. B.

Die Einberuferin.
Seit Jahren in Sachsen und Preußen bestehendes Unternehmen.
Einführung in Schlesien.
Arbeiter! Arbeiterinnen! Beamte
Gewerbetreibende!
Wer auf die umfangreich illustrierte, stets 18-20 Seiten starke
Wochenchrift:
„Sonntagsblätter für Stadt und Land“
abonnirt, wird auf Unfall herbeigeführten Tod oder Ganzinvalidität
500 Mk. gratis versichert. Nach Entrichtung des 1. jährl. Abonnements
Betrages erhält der Abonnent die Versicherungspolice.
Vierteljahrsabonnementspreis nur 1 Mk., 25 Pf.
Einzelnummer 10 Pf.
Man verlange Probennummern und Prospekte!
Auch sind dieselb. in allen Buchhandlungen u. Papierhandlungen
Expedition nur Schweidnitzerstraße 31 (Pfeifferhof).

Um Irrthum zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß sich mein
Sarg-Magazin nur
Gräbschenerstrasse 40
neben der Goethe-Apothek befindet.
Empfehle mein großes Lager von Särgen zu billigsten Preisen.
Th. Muzynski,
Tischlermeister.

Handwerker- u. Arbeiter-Notizkalender
für das Jahr 1895. — 17. Jahrgang.
Verlag von Wörlein & Co. in München.
Preis I. Qualität 75 Pfg., gewöhnliche Ausgabe 50 Pfg.
Zu beziehen durch die
Expedition dieses Blattes.

Die be-
sten und haltbarsten hochster
Leidenschaft liefert zu bekannt billigen
Preisen
G. Knauerhase
Neumarkt 15. 80061
Ecke Kupferschmiedestr.

Polster-Werg,
Kopfhaut, Haare, Indiasaser, Alpen-
gras, Seegras, Federn, Wollschmir,
Gurte, Bindfäden, Stränge, Seile,
Büchseleinen, Hängematten, Netze,
Taschen u. s. w. 3370
Jul. Moritz, Soller-
meister,
44, Kupferschmiede-Str. 44.

Wichtig
für Raucher!
Goschne
Cigarren
10 Stk. 10 Pfg., 100 Stk. 3 Mk.
empfiehlt
Louis Schröter
Cigarrenfabrik
Friedrichstraße 64, vis-à-vis der
Zimmerstraße.

Neue Heringe
Ring 46, im Hofe. 3417

Umsurz u.
Socialdemokratie
Verhandlungen
des deutschen Reichstages
am
17. December 1894
und 8.-12. Januar 1895
nach dem
offiziellen stenographischen Bericht
Heft 1, 112 Seiten.
Preis 15 Pfennige.
Zu beziehen durch unsere Colporteurs

Hochverrath-Prozess
mit
Liebknecht, Bebel, Hepner
vor dem
Schwurgericht zu Leipzig
vom 11.-26. März 1872
ist neben das 18. Heft erschienen.
Preis des Heftes 20 Pfg.
Mit dem Abonnement kann jeder
3 bezogen werden.
Probehefte liefert jeder Colporteur.

Vereins-Kalender.
Breslau.
Dienstag, den 29. Januar:
Aranken-Unterstützung
Bund der Schneider-Deutsch-
land (C. F. Braunschweig). Abends
3 Uhr: Kaffeeabend im Gasthaus
„zum roten Löwen“, Kupferschmiedestr.
31. Göße willkommen!
Aufnahme neuer Mitglieder.
Gesangverein der Stadt
morgen, Abends 7 Uhr: Uebung
Runde unter Leitung der Dirigent
in Sabels Hofe Reine Gr. schengasse 1